

GEGEN DEN STROM

ORGAN DER KPD (OPPOSITION)

Nr. 1

2. Januar

Herausgegeben von A. Thalheimer, H. Brandler, J. Walcher, E. Hausen
Begründet von der KPD.-Ortsgruppe Breslau (Opposition)Erscheint 14 täglich Sonnabends — Postcheckkonto: H. Brandler, Berlin 478 96 — Telefon: P 5 Bergmann 2564
— Abonnementspreis für das Vierteljahr 6,95 RM. — Durch die Post: 6,90 RM. zuzüglich Bestellgeld. — Einzel-
getragene in die Postzeitungsliste. — Erscheinungsort: Berlin. — Einsendungen an die Redaktion und Expedition
sind zu richten an Junius-Verlag, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 195, I.

5. Jahrg. 1932

20 Pf.

Nach der IV. Reichskonferenz der KPD.-O.

Der wichtigste Zug an den Beratungen der IV. Reichskonferenz der KPD.-O. war, daß sie ein anschauliches Bild der Ausbreitung des politischen Einflusses unserer Organisation boten. Die Vertreter der Bezirke schilderten, wie angesichts der Steigerung des Kapitalangriffs, des wachsenden faschistischen Terror breite Kreise der Arbeiterschaft die Richtigkeit unserer politischen Losungen zu erkennen beginnen. Wo wirkliche Ansätze zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront gegen die Notverordnungen, den Lohnabbau und den Faschismus entstehen, erfolgt diese Entwicklung im Sinne unserer Vorschläge. Aus zahlreichen Orten konnten unsere Genossen über die Schaffung von Einheitsfrontorganen, von antifaschistischen Kartellen und überparteilichen Abwehrorganisationen, auf Grund der Initiative der KPD.-O. berichten. Ebenso wurden Einzelheiten über den Stimmungsumschwung berichtet, der sich unter den Mitgliedern der KPD. bemerkbar macht. Immer mehr kritische Stimmen gegen den verhängnisvollen ultralinken Kurs werden laut. Teilweise kommt es bereits zur aktiven Rebellion der Parteimitglieder gegen die KPD.-Führung; an einer Reihe von Orten haben KPD.-Genossen sich im offenen Gegensatz zur Politik ihrer Führung und zum Teil gegen ihren Willen, d. h. unter Bruch der bürokratischen Disziplin, an der Schaffung von wirklichen Einheitsfrontorganen, wie sie die KPD.-O. fordert, beteiligt. (Die „Einheitsfrontorgane“, die von der KPD.-Führung gebildet werden, verdienen diesen Namen nicht; die Forderung „Einheitsfront nur unter Führung der KPD.“, die die KPD.-Bürokratie als Vorbedingung stellt, statt im Laufe der Aktion die führende Rolle der Kommunisten durchzusetzen, bedeutet die Beschränkung auf die reine Parteiführung.) Die Aussichten für die Eroberung der KPD. durch die KPD.-O., für eine Reform der kommunistischen Bewegung, die von unten, durch die Rebellion der Mitglieder gegen den falschen ultralinken Kurs vollbracht wird, wachsen. Wir beginnen, so sagte ein Delegierter auf der Reichskonferenz, die Früchte der Saat zu ernten, die wir in Jahren mühevoller und opferreicher Arbeit ausgestreut haben.

Aber die Konferenz gab sich auch nicht der Illusion hin, daß unser Kampf jetzt leichter werden würde. Im Gegenteil, sie war sich des Ernstes der gegenwärtigen Stunde voll bewußt. Die Konferenz stand im Zeichen der Rüstung zum bevorstehenden Entscheidungskampf gegen den Faschismus. Die Ereignisse der letzten Jahre haben den Beweis dafür erbracht, daß die deutsche Arbeiterklasse nur durch eine Politik, wie sie die KPD.-O. vorschlägt, die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland abwehren, nur so sich den Weg zum revolutionären Ausweg aus der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus bahnen kann. Und umgekehrt: Das weitere politische und organisatorische Wachstum der KPD.-O., der Erfolg ihres Kampfes für die Gesundung der kommunistischen Bewegung, hängt davon ab, in welchem Maße sie sich eine führende Rolle in den entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Faschismus erobert.

Die Führungen der SPD. und KPD. fahren auch heute noch fort, den Umfang der faschistischen Gefahr zu verringern. Die SPD.-Bürokratie versucht den Arbeitern einzureden, daß das Zentrum in einer „verfassungsmäßigen“ Koalitionsregierung mit den Nazis diesen die Krallen schon stützen werde. Dieser liberale Stumpfsinn, dessen praktische Konsequenz die Kapitulation

vor dem Faschismus ist, wird auch von der KPD.-Führung, natürlich in ultralinken Garnierung, vertreten; diese behauptet, daß nicht die Nationalsozialisten, sondern das Zentrum die führende faschistische Partei sei. Ferner zieht sie auf der richtigen Feststellung, daß Faschismus und bürgerliche Demokratie beides Formen der bürgerlichen Klassenherrschaft seien, nicht die richtige Folgerung, daß der konsequente Kampf gegen den Faschismus nicht vom Boden der bürgerlichen Demokratie aus, nicht im Namen ihrer Erhaltung geführt werden muß, sondern unter dem Banner der Räterediktatur; sondern kommt zu der unsinnigen und schädlichen Behauptung, daß für das Proletariat alle Unterschiede in der Herrschaftsform der Bourgeoisie im Grunde genommen gleichgültig seien. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Politik nicht das Mittel ist, die Arbeiter dafür zu mobilisieren, daß sie die Errichtung einer Hitler-Diktatur verhindern, sondern sie vielmehr direkt dazu verleiten muß, einen faschistischen Staatsstreich als ein nicht besonders erhebliches Ereignis ohne Kampf hinzunehmen. Das ist eine Politik der Kapitulation vor dem Faschismus, eine Politik, deren Fortführung der KPD. das Schicksal der finnischen Kommunisten bereiten muß.

Demgegenüber hat die KPD.-O. auf ihrer Reichskonferenz von neuem unterstrichen, daß nur die revolutionäre außerparlamentarische Aktion der Arbeiterklasse sie vor einer faschistischen Blutherrschaft bewahren kann, deren Schrecken auch die des Mussolinischen Regimes in Italien übertreffen würden.

Mit verdoppelter Kraft müssen unsere Genossen im Reiche daran gehen, die proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus zu organisieren, umfassende Abwehraktionen zustande zu bringen. Der Faschismus kann noch in letzter Stunde zurückgeschlagen werden, aber nur, wenn die Arbeiterklasse sich von allen Illusionen in bezug auf ihn freimacht und dem barbarischen Feind entschlossen, einheitlich und zur Anwendung aller Kampfmittel bereit, entgegentritt.

Die Ereignisse haben die Richtigkeit unserer Politik bestätigt. Die Konferenz bekundete den festen Willen der großen Mehrheit unserer Mitglieder, den bisherigen Weg weiterzugehen und sich nicht von ihm abdrängen zu lassen. Die Konferenz zog einen Schlußstrich unter die innerparteiliche Diskussion in der die Minderheit versucht hatte, die KPD.-O. von dem festen Boden der kommunistischen Grundsätze in das sumpfige Gelände des Zentrismus hinabzuzerren.

Die Konferenz hat es abgelehnt, die Aufgabe, die sich die KPD.-O. bei ihrer Gründung gestellt hatte, nämlich den Kampf für die Eroberung und Gesundung der KPD. preiszugeben, bevor dieser Kampf durch einen völligen Zusammenbruch der KPD. unmöglich gemacht ist. Der Standpunkt der Minderheit reduzierte sich aber im wesentlichen darauf, daß wir den Kampf um die Reform der KPD. aufgeben und den Kurs auf eine Verschmelzung mit der SAPD. nehmen sollten. Keine Zitatekunst konnten darüber hinwegtäuschen, daß dies ein Verlassen der kommunistischen Grundsätze bedeutete; denn der Standpunkt der Minderheit schloß inhaltlich sowohl den grundsätzlichen Bruch mit der Kommunistischen Internationale und der Sowjetunion als auch die Behauptung ein, daß es möglich sei eine zentristische, also eine reformistische Partei als Ganzes in eine

kommunistische umzuwandeln. Der Resolutionsentwurf der Minderheit forderte ein engeres Zusammengehen mit dem Lenin-Bund, weil er angeblich mit der KPD.-O. im Ziele „der Erneuerung der KPD.“ übereinstimme; in Wirklichkeit leugnet der Lenin-Bund bekanntlich den Charakter der Sowjetunion als eines proletarischen Staates und behauptet, daß die KPD. keine kommunistische Partei mehr sei, d. h. bereits einen konterrevolutionären Faktor darstelle; der Lenin-Bund fordert die Schaffung einer neuen kommunistischen Partei. Und darin sah die Minderheit eine Uebereinstimmung mit ihren Ansichten!

Die Minderheit hat vergeblich versucht, durch eine Stimmungsmache auf die Konferenz zu wirken. Ihre Klagen darüber, daß sie unterdrückt worden sei, waren praktisch widerlegt, durch die weitgehende Diskussionsfreiheit, die ihr gewährt worden war, ferner durch die Tatsache, daß gerade in den Bezirken, wo die Minderheit dominierte, den Mitgliedern die Diskussionsmöglichkeit beschränkt oder vollständig geraubt wurde, so daß die Reichskonferenz gezwungen war, die Mandate der Delegierten des Bezirks Hessen-Frankfurt zu kassieren, weil diese Delegierten nach richtiger „Linienmethode“ nicht gewählt, sondern, ohne daß eine Diskussion in der Mitgliedschaft stattgefunden hätte, ernannt worden waren. Ebenso scheiterten die Versuche der Minderheit, der Mehrheit eine Kapitulation vor dem RGO.-Kurs zu unterstellen. Die Diskussion auf der Reichskonferenz ließ keinen Zweifel darüber, daß die KPD.-O. nach wie vor an ihrer unversöhnlichen Gegnerschaft gegenüber dem RGO.-Kurs festhält, und daß die Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber den sog. „roten“ Verbänden und „roten“ Betriebsräten nur die Liquidierung des RGO.-Kurses und der RGO. beschleunigen soll. Es handelt sich dabei keineswegs um eine vollkommen neue Lösung, sondern lediglich um die Verallgemeinerung einer Praxis, mit der unsere Genossen an verschiedenen Orten bereits gute Erfolge erzielt haben und gegen die auch führende Genossen der Minderheit nichts einzuwenden hatten. Der Standpunkt, daß man gegenüber der RGO. und den anderen durch Spaltung entstandenen und von der KPD.-Führung beherrschten organisatorischen Gebilden unter keinen Umständen das Mittel der Einheitsfronttaktik anwenden dürfe, war nie der Standpunkt der KPD.-O.; wohl aber hat ihn die Führung der SAPD. in einem ihrer letzten Aufrufe bezogen.

Die Anpassung an die politische Haltung der SAPD. zeigte sich auch darin, daß in dem Resolutionsentwurf der Minderheit die Forderung der überparteilichen antifaschistischen Abwehr-

organisationen fehlte, dagegen der Beitritt zum Soz. Schutzbund der SAPD. gefordert wurde, um ihn „dadurch“ (durch den bloßen Beitritt unserer Genossen) zu einer überparteilichen Organisation zu machen.

Ueberhaupt zeigte die Tatsache, daß die Minderheit die SAPD. als den Drehzapfen der politischen Entwicklung in Deutschland betrachtete, nur, daß sie die faschistische Gefahr nicht sonderlich ernst nahm; denn sie sah in der Bildung der SAPD. den Beginn des Wiederaufschwungs der deutschen Arbeiterbewegung, und nicht dort, wo dieser Aufschwung wirklich stattfindet, nämlich in der Schaffung von Ansätzen für eine antifaschistische Einheitsfront; ferner ordnete sie im heutigen Augenblick, angesichts der unmittelbar bevorstehenden Entscheidungskämpfe gegen den Faschismus, alles der Perspektive des allmählichen Hineinwachsens des Zentrismus in den Kommunismus, will sagen der „Eroberung“ der SAPD., unter.

Die Konferenz hat die Politik der Minderheit mit großer Mehrheit abgelehnt. Sie hat zugleich in ihren Beschlüssen die Grundsätze der revolutionären Disziplin bestätigt, die in einer kommunistischen Organisation eine Lebensnotwendigkeit darstellt. Die Disziplin der KPD.-O. ist nicht die bürokratische Disziplin der ultralinken Bürokratie der KPD. Sie soll die Ueberzeugung der Mitglieder nicht ersetzen und nicht unterdrücken, sondern sie beruht auf der Ueberzeugung der großen Mehrheit der Mitgliedschaft von der Richtigkeit der Politik der KPD.-O. Die revolutionäre Disziplin, sagt Lenin, muß verbunden sein mit einer richtigen Politik. Und wiederum bedarf eine richtige kommunistische Politik zu ihrer praktischen Durchführung einer straffen Disziplin.

Die Konferenz hat keinerlei organisatorische Maßregeln gegen die Minderheit ergriffen, obwohl diese sich ganz unzulässige fraktionelle Treibereien hat zuschulden kommen lassen. Nach der Konferenz aber, so lautet ihr Beschluß, der dem Willen der Mehrheit der Mitglieder entspricht, müssen ihre Beschlüsse diszipliniert nach innen und außen vertreten werden.

Es ist jetzt an den Genossen der Minderheit, sich zu entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen. Eine Fortführung ihrer Fraktionsarbeit wird die Organisation nicht dulden und mit allen Mitteln zu verhindern wissen.

Die KPD.-O. steht in einer für das deutsche Proletariat entscheidenden Stunde auf Vorposten gegen den Faschismus. Sie verlangt von allen, die zu ihr gehören wollen, daß sie auf dem Posten sind.

Leitsätze zur politischen Lage

(Angenommen von der IV. Reichskonferenz mit 66 gegen 18 Stimmen.)

I. Die Lage der Weltwirtschaft.

1. Der Verlauf der Krise.

Die Weltwirtschaftskrise, die Ende 1929 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika einsetzte, hat nacheinander alle Länder der Erde mit Ausnahme der Sowjet-Union erfaßt. Der langwierige Verlauf der Krise bewirkt, daß die Verwüstungen, von denen sie begleitet ist, um so umfangreicher sind. Rückgang des Absatzes, Zusammenbruch der Börsenspekulation, Einschränkung der Produktion, Anschwellen der Arbeitslosigkeit und schließlich eine Erschütterung des gesamten Kreditgebäudes im betroffenen Lande, die sich in plötzlichen riesigen Goldabzügen äußert und stellenweise zu Inflation und Staatsbankrott führt — das ist der typische Verlauf der Krise. Aber diese Erscheinungen treten in den einzelnen Ländern weder mit der gleichen Wucht noch zu gleicher Zeit auf, insbesondere nicht die Krise des internationalen Kredits, den die einzelnen Länder genießen.

2. Die besonderen Züge der Krise.

Nicht nur der Umfang der Verwüstungen, die diese Krise verursacht hat, nicht nur das Maß des Elends, das sie über die Werktätigen gebracht hat, nicht nur die Höhe der durch die Einschränkung der Produktion und durch die massenhafte Zerstörung von Produktions- und Konsumtionsmitteln hervorgerufenen materiellen Verluste, nicht nur die ungewöhnliche Dauer der Krise und die katastrophenartige Zuspitzung ihrer einzelnen Phasen kennzeichnen sie als eine Krise des niedergehenden Kapitalismus als die Todeszuckungen eines zur Beseitigung mehr als reifen, weil durch und durch verfaulten Wirtschaftssystems, zum Unter-

schied von den sogenannten „normalen“ Krisen des aufsteigenden Kapitalismus. Noch krasser kommt dies in folgenden Tatsachen zum Ausdruck:

a) Der „normale“ kapitalistische Mechanismus der Krisenüberwindung ist infolge der monopolistischen Organisation der ausschlaggebenden Teile des Kapitals abgestumpft. Das Monopolkapital hemmt den Preisfall, der eine grundlegende Voraussetzung für die Erweiterung des Warenabsatzes ist. Das Monopolkapital versucht zu verhindern, daß die Entwertung der in Betrieben angelegten Kapitalien sich durchsetzt. Gerade bei den größten kapitalistischen Unternehmungen, bei den großen Trusts und Konzernen, die mit den Großbanken auf das innigste verbunden sind, werden die bankrotten Teile so lange es nur geht mitgeschleppt. Steht aber ein ganzer Riesenkonzern vor dem Bankrott, dann sucht die vom Monopolkapital beherrschte kapitalistische Staatsgewalt dies mit allen Mitteln zu verhindern, denn der Bankrott eines solchen Unternehmens, von dem ein ausschlaggebender Teil der gesellschaftlichen Gesamtproduktion abhängt, ist kein rein wirtschaftliches Ereignis mehr, sondern eine politische Katastrophe. Es ist dies eine Aeußerung des auf die Spitze getriebenen Gegensatzes zwischen der gesellschaftlichen Organisation der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, dem Privateigentum an den Produktionsmitteln.

b) Neue unerschlossene Gebiete für eine sprunghafte Erweiterung des Warenabsatzes, für umfassende Kapitalanlagen stehen dem Kapitalismus nur in einem verhältnismäßig geringen Umfange zur Verfügung. Die Sowjet-Union ist durch die proletarische Diktatur der kapitalistischen Ausbeutung verschlossen. In China stemmt sich dem Expansionsdrang der Imperialisten die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Bauern entgegen. Der Absatzmarkt für die kapitalistische Industrie ist in weitgehendem Maße durch die Agrarkrise ruiniert worden. Die Agrarkrise ist

keine bloße Konjunkturercheinung. Der Sieg, dem der maschinelle Großbetrieb in der Erzeugung der wichtigsten Getreidearten davongetragen hat, bedeutet, so lange die kapitalistischen Verhältnisse aufrechterhalten bleiben, die fortdauernde Enteignung und Verelendung großer Massen von Bauern und Farmern in allen Ländern.

e) Die kapitalistischen Sanierungsmethoden müssen gegenwärtig weitere und z. T. dauernde Zerstörungen herbeiführen (dauernde Einschränkung der Produktion in bestimmten Industrien und Gebieten und vor allem eine dauernde und unerhörte Verschlechterung der Lage der arbeitenden Massen). Zwar ist die Behauptung, die z. B. von dem SAPD-Führer Seydewitz aufgestellt wird, daß die gegenwärtige Krise des Kapitalismus eine Dauerkrise sei, d. h. daß die Bourgeoisie keinen Ausweg aus dieser Krise finden könne, durchaus falsch. Der Kapitalismus wird sich, wenn ihn nicht die proletarische Revolution beseitigt, einen Ausweg aus der Krise bahnen. Aber diesen Ausweg kann sich die Bourgeoisie nur dadurch erkaufen, daß sie durch das Fegefeuer neuer Verwüstungen geht. Die Hemmungen, die die monopolistische Organisation des Kapitals der „normalen“ Abwicklung der Krise entgegengesetzt, bewirken, daß die Voraussetzungen für die kapitalistische Überwindung der Krise, so die Vernichtung von Kapitalwerten und der Preisfall, sich zu einem großen Teil durchaus „anormal“ durchsetzen, in den Formen des Staatsbankrotts und der Geldentwertung, also in Formen, die von einer chaotischen Verwirrung des Getriebes der kapitalistischen Wirtschaft begleitet sind. Mit einer unerhörten Wucht greift das Kapital die Arbeiter an und versucht, sich eine neue „Prosperität“, d. h. neue Profitaussichten durch die Herabdrückung ihrer Lebenshaltung auf ein möglichst niedriges Niveau zu sichern. Die spärlichen Kulturerrungenschaften, die die bürgerliche Gesellschaft den Massen gewährte, soll ihnen genommen, sie selbst in Kulis verwandelt werden. Es besteht aber keinerlei Aussicht auf einen stürmischen Konjunkturaufschwung bei einer kapitalistischen Überwindung der Krise. Vielmehr ist in diesem Falle mit einer langwierigen Depression zu rechnen, die nur in einzelnen Ländern und nur für kürzere Zeiten auch allgemein durch eine Hochkonjunktur abgelöst wird. Die Massenarbeitslosigkeit wird unter kapitalistischen Verhältnissen eine ständige „strukturelle“ Erscheinung bleiben. Die Kapitalisten bereiten zur „Ankurbelung“ der Wirtschaft die dauernde Drosselung bestimmter Industriezweige in bestimmten Gebieten vor. Der kapitalistische Ausweg aus der Krise bedeutet zugleich auch die Drohung eines neuen imperialistischen Weltkrieges, vor allem aber eines konterrevolutionären Ueberalles auf die Sowjet-Union. Schon jetzt versuchen mächtige kapitalistische Kräfte in allen Ländern, den Krieg, den die japanischen Imperialisten in der Mandschurei begonnen haben, zu einem Angriff auf die Sowjet-Union auszuweiten. Unter dem Druck der Krise wächst die Sehnsucht der Kapitalisten nach dem blutigen Segen einer Kriegskonjunktur, nach Heereslieferungen, die einen lohnenden Absatz insbesondere für die Schwerindustrie, Kanonenindustrie, die chemische Industrie, die Giftgas-Industrie darstellen, nach der Erschließung der weiten Gebiete der Sowjet-Union und Chinas für die kapitalistische Ausbeutung.

3. Die Sowjet-Union.

Den sichtbaren Beweis dafür, daß die kapitalistische Wirtschaft sich überlebt hat, liefert schließlich der erfolgreiche sozialistische Aufbau in der Sowjet-Union. Während die kapitalistische Welt sich in den Krämpfen der Krise windet, feiert die neue höhere Produktionsweise des Sozialismus in der Sowjet-Union Triumphe. Die industrielle Produktion wächst dort in einem bisher in der Geschichte unerhörten Tempo. Die Arbeitslosigkeit ist beseitigt. Die Mehrzahl der über 100 Millionen Menschen zählenden Bauernmassen der Sowjet-Union ist für den sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetrieb in der elementarsten Form der Kollektivgenossenschaften gewonnen. Die allgemeine materielle und kulturelle Lebenshaltung der Werktätigen steigt dauernd. Die Erfolge des Sozialismus in der Sowjet-Union sind um so imponierender, als sie von den Arbeitern der Sowjet-Union im Kampfe gegen ungeheure Schwierigkeiten erreicht wurden, die sich aus der vom Zarismus hinterlassenen technischen und kulturellen Rückständigkeit des Landes ergaben.

4. Ist kapitalistische Planwirtschaft möglich?

Die Weltkrise führt zu einer Verstärkung der kapitalistischen Anarchie, zu einer Verstärkung der Gegensätze unter den Kapitalisten im nationalen wie im internationalen Rahmen. Die verschiedenen nationalen und internationalen kapitalistischen Gruppen versuchen, eine jede auf Kosten der anderen, aus der Krise herauszukommen. Die Zollmauern werden immer weiter erhöht. Auch England, das klassische Land des Freihandels, geht zum Schutzzoll über. Nur dort, wo es gilt, einen Durchbruch an schwachen Stellen des Kapitalismus zu verhindern und einen Damm gegen die Revolution aufzurichten, tritt das Weltkapital solidarisch auf (Hoover-Moratorium für Deutschland, Unterstützung der japanischen Provokationen gegen die Sowjet-Union). Eine kapitalistische Planwirtschaft ist aber eine Utopie. Der „Ultraimperialismus“, d. h. die Vorstellung, daß die Kapitalisten die gesamte

Weltwirtschaft einheitlich und planmäßig organisieren könnten, ist heute mehr denn je ein Hirngespinnst. Aber auch eine kapitalistische Planwirtschaft auf Grund der Autarkie, d. h. der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit der einzelnen Länder, eine Idee, die von Faschisten und von Sozialdemokraten, so z. B. den Austromarxisten, vertreten wird, ist unmöglich. Eine sozialistische Wirtschaft kann selbstgenügsam sein, wenn nur die technischen und natürlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Einen autarken Kapitalismus, d. h. einen Kapitalismus ohne den Drang zur Expansion über die Grenzen eines Landes hinaus, ohne weltwirtschaftliche Verbindungen, ohne Kampf auf dem Weltmarkt, hat es nie gegeben und kann es nicht geben. Autarkie bedeutet in der Sprache der Kapitalisten das Bestreben, das eigene Land gegen die ausländische Konkurrenz durch Zölle und Einfuhrverbote abzusperren, um dafür um so bessere Aussichten für den Kampf auf dem Weltmarkt zu haben, was die internationale Anarchie der Weltwirtschaft, den internationalen Konkurrenzkampf verschärfen muß.

Auch innerhalb eines einzelnen kapitalistischen Landes ist keine einheitliche planmäßige Organisation der Wirtschaft möglich. Eine wirkliche Planwirtschaft setzt, wie das die Sowjet-Union zeigt, sozialistische Produktionsverhältnisse voraus, die ihrerseits nicht ohne Errichtung der proletarischen Diktatur, nicht ohne Enteignung der Kapitalisten geschaffen werden können. Nur dort, wo die Produktionsmittel der Allgemeinheit gehören, wo die Arbeiterklasse die Wirtschaft leitet, kann die Produktion entsprechend den Bedürfnissen der Massen geregelt und ausgebaut werden, d. h. so, daß der dem Kapitalismus innewohnende Widerspruch zwischen Produktionsmöglichkeiten und Konsummöglichkeiten, der die entscheidende Ursache der Krisen darstellt, aufgehoben ist.

Die von den Sozialdemokraten befürwortete „volkswirtschaftliche Kapitallenkung“, die unter Beibehaltung des Kapitalismus, des Privateigentums an den Produktionsmitteln erfolgen soll, würde nicht die kapitalistische Anarchie beseitigen, sondern nur eine Subventionswirtschaft zugunsten der Kapitalisten bedeuten. Die Regelung und der Ausbau der Produktion müßte hier das vorhandene Kapitaleigentum und dessen Verwertungsbedürfnisse berücksichtigen, d. h., die individuellen Profitansprüche der Kapitalisten den Bedürfnissen der werktätigen Massen voranstellen. Wenn die Wirtschaft nicht dem kapitalistischen Profitinteresse unterworfen sein soll, muß die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktionsmittel, muß das kapitalistische Privateigentum aufgehoben werden.

II. Die Auswirkungen der Weltkrise auf die imperialistische Politik.

5. Die Schuldenfrage.

Die ungleichmäßige Entwicklung der Weltwirtschaftskrise hat das Kräfteverhältnis unter den einzelnen imperialistischen Großmächten verschoben. England, Italien und Deutschland sind außenpolitisch gelähmt. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und in bestimmtem Maße auch Japan beherrschen das Feld. Sie suchen die Lage auszunutzen, um sich möglichst reiche Raubgelegenheit zu sichern. Bei der Behandlung der internationalen Schulden (Kriegsschulden, Reparationen, Privatschulden) verlangen die Vereinigten Staaten für einen Schuldennachlaß an die europäischen Länder eine Erweiterung ihrer Machtstellung, insbesondere was die Rüstungen betrifft. Frankreich versucht bei der Neuregelung der Schuldenfrage seine durch die Friedensverträge fixierte kontinentale Vorherrschaft zu befestigen und vom deutschen Imperialismus Sicherheiten sowohl wirtschaftlicher Natur in der Form eines Einflusses des französischen Großkapitals auf Finanzen und Industrie Deutschlands als auch politischen Charakters, nämlich die Unterordnung Deutschlands unter die Außenpolitik Frankreichs, insbesondere seine Rüstungspolitik und seine Anti-Sowjet-Politik zu erlangen. Die deutsch-französische imperialistische Verständigung würde ein Bündnis zum gemeinsamen Ueberfall auf die Sowjet-Union sein. Der französische Imperialismus wird sich mit einer faschistischen Regierung Deutschlands erst recht verständigen, weil diese ihm am meisten Sicherheiten in bezug auf die gemeinsame Ausbeutung der deutschen Arbeiter und ein militärisches Bündnis gegen die Sowjet-Union gewähren kann.

6. Der Mandschurische Krieg.

Das unmittelbare Ziel des japanischen Angriffs in der Mandschurei war es, unter Ausnutzung der Schwierigkeiten der anderen imperialistischen Mächte und der Ohnmacht und der direkt verräterischen Haltung der chinesischen Konterrevolution gegenüber den imperialistischen Mächten die Mandschurei endgültig von China loszureißen. Die anderen imperialistischen Mächte haben dem japanischen Angriff direkt Sekundantendienste geleistet. Sie treiben den japanischen Imperialismus gegen die Sowjet-Union vor, um ihn zugleich von ihren eigenen imperialistischen Interessensphären in China abzulenken. Der Völkerbund hat bei der Behandlung des Mandschurischen Konflikts von neuem den Beweis dafür erbracht, daß er nicht nur kein Instrument zur Erhaltung des Friedens ist, sondern eine Organisation zur Wahrung

der imperialistischen Interessen mit allen Mitteln, nicht zuletzt mit dem des imperialistischen Krieges. Die Gefahr eines Ueberfalles auf die Sowjet-Union ist größer denn je. Die internationale Sozialdemokratie steht auf seiten der imperialistischen Kriegstreiber. Sie unterstützt den Völkerbund und fördert die antibolschewistische Hetze durch ihre Behauptung, daß die Sowjet-Union in der Mandschurei angeblich imperialistische Interessen vertritt.

Die Kommunistische Internationale.

7. Trotz der Tiefe der Krise des Kapitalismus sehen wir keinen allgemeinen revolutionären Aufschwung in der Welt, insbesondere nicht in den großen kapitalistischen Ländern. In Mitteleuropa ist der Faschismus im Vormarsch. Ein wirklich revolutionärer Aufschwung zeigt sich einstweilen nur in Spanien, in Indien und in Teilen Chinas.

Das Zurückbleiben der revolutionären Bewegung hinter dem rapiden Anwachsen der objektiven Voraussetzungen der Revolution ist zu einem großen Teil auf die ultralinke Politik zurückzuführen, die die Kommunistische Internationale seit dem 6. Kongreß betreibt. Die Kommunistische Internationale verfügt außerhalb der Sowjet-Union (wenn man von der KP. Chinas absieht, die unter besonderen Verhältnissen wirkt) nur noch über eine wirkliche Massenpartei, die KPD. Aber auch deren Aktionskraft ist gebrochen. Ein Ausdruck der Schwächung der Kommunistischen Internationale und der politischen Unfähigkeit ihrer Leitung ist ihr Unvermögen, internationale Aktionen der Arbeiterklasse zu organisieren, angesichts des japanischen Ueberfalls auf die Mandschurei und der dadurch verursachten Gefährdung der Sowjet-Union haben die Führung der Kommunistischen Internationale und ihre Sektionen völlig versagt. Dieses Versagen der Komm. Internationale zeigt, wie verhängnisvoll sich das Führermonopol, das die KPSU. in ihr innehat, auswirkt. Damit die Komm. Internationale fähig wird, ihre Aufgabe als leitendes Zentrum der revolutionären Weltbewegung zu erfüllen, muß sie im Sinne der Forderungen der KPD.-O. reformiert werden.

III. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland.

8. Von allen großen kapitalistischen Ländern ist Deutschland am schwersten von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Es ist, was den Umfang der Produktion anbelangt, durch die Krise um ein Vierteljahrhundert zurückgeworfen worden. Etwa ein Drittel aller industriellen Arbeiter ist erwerbslos. Seit dem Sommer befindet sich Deutschland im Zustand des **faktischen Staatsbankrotts gegenüber dem Auslande**. Hoover-Moratorium und Stillhalte-Abkommen unterscheiden sich vom offenen Staatsbankrott nur insofern, als die Einstellung der Auslandszahlungen hier mit der Einwilligung der Gläubiger erfolgt ist. Die Markwährung hängt an einem dünnen Faden. Nur dank dem Stillhalte-Abkommen ist bisher eine Inflation verhindert worden.

Unter den einzelnen Kapitalistengruppen gehen heftige Auseinandersetzungen vor sich. Die Voraussetzung für eine kapitalistische Sanierung in Deutschland ist eine besonders umfangreiche Vernichtung von Kapitalwerten, da hier besonders in der **Schwerindustrie** große Kapitalmengen investiert worden sind, die unter kapitalistischen Verhältnissen keine Aussicht haben, verwertet zu werden. Um auf dem Weltmarkt schleudern zu können, halten die Monopole die Preise für ihre Waren in Deutschland hoch und verschärfen dadurch gleichzeitig die Krise in den nicht-kartellierten Wirtschaftszweigen. Die **Banken**, deren Kredite, die sie an die Industrie gewährt haben, zu einem großen Teil verloren sind, können nur noch mit Staatshilfe aufrechterhalten werden. Die **ostelbischen Junker**, die seit jeher von staatlicher Unterstützung gelebt haben, beziehen heute einen ausschlaggebenden Teil ihres Ausbeuter-Einkommens direkt aus der Staatskasse, da ihre Betriebe auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind und es auch nicht mehr werden können. Die **Agrarzölle** sind auf eine phantastische Höhe hinaufgeschraubt worden. Auch die **Industrie** erhält immer neue staatliche Subventionen. Diese Subventionswirtschaft, die in der Form von direkten Zuwendungen oder von Krediten erfolgte, hat die Grundlagen der Markwährung noch weiter unterhöhlt. Aber selbst durch die höchste Belastung der werktätigen Massen kann die bürgerliche Regierung nicht die Mittel gewinnen, um alle kapitalistischen Bankrotteure mit Subventionen über Wasser zu halten. Soll die kapitalistische Sanierung durchgeführt werden, so muß ein Teil der Kapitalwerte, der kapitalistischen Rentenansprüche vernichtet werden, so muß die Kapitalistenklasse sich selbst dezimieren. Die besonders verschuldete Schwerindustrie strebt eine Inflation an, um durch die Geldentwertung ihre Schulden loszuwerden, um auf Kosten einer Entzweiung der Besitzer von Geldkapital, der kleinen Sparer und durch eine automatische Senkung der Löhne wieder Luft zu bekommen. Die zwangsweise Senkung der Zinsen (in der 4. Notverordnung) bedeutet, daß mit der Verwirklichung dieser Wünsche der Schwerindustrie der Anfang gemacht worden ist.

Die zwangsweise Senkung der Zinsen kann nur aufrechterhalten werden entweder, wenn das deutsche Kapital umfangreiche billige ausländische Kredite erhält, wofür wenig Aussichten

vorhanden sind, oder wenn der Kredit wie in den Jahren vor 1923 durch den massenhaften Druck von Papiergeld verbilligt wird, d. h. durch eine Inflation. Immer stärker werden die inflationistischen Tendenzen in Deutschland, die besonders von den Faschisten unterstützt werden. Um sich vor dem eventuellen Bankrott zu retten, wollen die kapitalistischen Bankrotteure den äußeren Staatsbankrott durch die Geldentwertung auch nach innen vollenden. Das Inflationschaos oder neue Riesenbankrotte und damit neue massenhafte Stilllegungen, das sind die Aussichten der kapitalistischen Sanierung in Deutschland, wenn das ausländische Kapital seinen deutschen Klassengenossen nicht durch neue umfangreiche Kredite beispringt, die durch eine erhöhte Ausbeutung der Werktätigen Deutschlands herausgewirtschaftet werden müssen. Für die deutsche Arbeiterklasse sind alle diese drei Möglichkeiten der kapitalistischen Sanierung unerträglich.

Die **öffentlichen Finanzen** Deutschlands, die Haushalte des Reiches, der Länder und insbesondere der **Gemeinden** weisen trotz aller brutalen Sanierungsversuche, die auf Kosten der werktätigen Massen durch die Erhöhung ihrer steuerlichen Belastung und durch die rücksichtslose Kürzung der Ausgaben für sozialpolitische und kulturelle Zwecke unternommen worden sind, wachsende Fehlbeträge auf. Jede neue Sanierung der Finanzen wird binnen kurzem durch das Fortschreiten der Wirtschaftskrise zunichte gemacht.

IV. Die deutsche Bourgeoisie und der Faschismus.

9. Bei aller Schärfe der Gegensätze unter den einzelnen Gruppen der deutschen Kapitalisten sind sich diese in ihrem Angriff auf die Arbeiterklasse und auf die Werktätigen überhaupt einig. Die Gegensätze unter den Kapitalisten steigern, solange keine Abwehr der Massen sichtbar ist, die Wucht dieses Angriffes, weil die kapitalistischen Bankrotteure bestrebt sind, ihre Konflikte auf Kosten der breiten Massen auszutragen. Die deutsche Bourgeoisie will den Arbeitern alle Errungenschaften ihres jahrzehntelangen Kampfes rauben. Die ausschlaggebenden Kreise des Großkapitals und die große Masse der Bourgeoisie haben sich dem Faschismus zugewandt. Sie sind bereit, politisch zugunsten der faschistischen Abenteurerbanden abzustimmen, wenn deren Diktatur ihnen die Möglichkeit der rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeiter sichert. Je mehr die Wirtschaftskrise fortschreitet, desto unzufriedener sind die kapitalistischen Scharfmacher mit den bisherigen Erfolgen der Kapitaloffensive, desto mehr verlangen sie rasche und ganze Arbeit, desto mehr rufen sie nach der offenen faschistischen Diktatur, die an die Stelle der Dreiviertel-Diktatur Brüning's treten soll. Je weiter der Lohnabbau fortschreitet, desto mehr drängen die Kapitalisten auf eine völlige Vernichtung der Gewerkschaften und aller proletarischen Organisationen überhaupt hin. Je mehr sie von dem Bankrott bedroht werden, desto lauter rufen die kapitalistischen Bankrotteure nach dem faschistischen Diktator, der, wie Mussolini in Italien den subventionshungrigen Kapitalisten den Weg zur organisierten Plünderung aller Hilfsquellen des Landes, aller durch die steuerliche Belastung der Massen gewonnenen Summen frei machen soll. Die faschistische Diktatur soll den kapitalistischen Bankrotteuren Inflationsergebnisse bringen und zugleich den Widerstand der Arbeiter und der kleinen Leute durch blutigen Terror unterdrücken.

Die Kriegstendenzen der deutschen Bourgeoisie.

10. Dem Anwachsen des Faschismus entspricht ein Steigen der kriegerischen Tendenzen der deutschen Bourgeoisie. Auch die deutsche Bourgeoisie, die den Druck der Krise besonders spürt und die gegenüber den anderen imperialistischen Mächten sowohl was die materiellen Reserven als auch was die Ausdehnungsmöglichkeiten und die Machtmittel anbelangt, zurücksteht, spekuliert auf einen neuen imperialistischen Krieg. Die Nationalsozialisten machen seit Jahr und Tag offen dafür Propaganda. Die Außenpolitik der deutschen Faschisten gipfelt in der Idee, durch Vasallendienste für einen anderen imperialistischen Staat Änderungen vor allem in den militärischen und territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erreichen. Alle Tatsachen deuten darauf hin, daß diese imperialistische Revisionspolitik auf Vasallendienste für den französischen Imperialismus gegen die Sowjet-Union hinauslaufen würde.

V. Die Ergebnisse der Brüning-Diktatur.

11. Die Regierung Brüning hat in den 1½ Jahren ihres Bestehens die bürgerliche Demokratie in Deutschland fast völlig abgebaut. Sie hat die Lebenshaltung der Arbeiterklasse so weit gesenkt und ihre Rechte so weit beschnitten, daß nur noch ein Schritt zu den Schrecken des „Dritten Reiches“ geblieben ist.

Der Reichstag ist so gut wie völlig ausgeschaltet. Seine einzige Funktion besteht nur noch darin, von Zeit zu Zeit Brüning für seine Diktaturpraxis Indemnität zu erteilen, eine Blankovollmacht auszustellen. Die parlamentarische Demokratie in Deutschland reduziert sich jetzt darauf, daß die Brüning-Diktatur sich auf parlamentarische Parteien stützt, die mit Ausnahme der SPD.

und des Zentrums in Wirklichkeit fast nur noch Politikantencliquen ohne jeglichen Massenanhang darstellen.

Der Artikel 48 ist von Brüning zur normalen Grundlage der Gesetzgebung gemacht worden. Er hat eine Anwendung erfahren, die die Präzedenzfälle für jeden konterrevolutionären Staatsstreich geschaffen hat.

Das Steuersystem, das in Deutschland schon früher hauptsächlich auf der Belastung der Werktätigen beruhte, ist durch die Brüning'schen Notverordnungen noch weiter zugunsten der Kapitalisten geändert worden (Negersteuer, Erhöhung der Umsatzsteuer, Senkung der Besitzsteuern).

Die kommunale Selbstverwaltung ist faktisch aufgehoben. Die Selbstverwaltungskörperschaften sind nur noch Attrappen. Sie haben keinerlei Bestimmungsrecht in wichtigen Fragen mehr.

Die deutsche Sozialpolitik ist ein Trümmerhaufen. Ihre Leistungen werden abgebaut. Die Institutionen der Sozialversicherung werden durch die Politik der Regierung in den Bankrott hineingetrieben.

Die Unterstützung der Erwerbslosen ist fortwährend abgebaut worden.

Das Schulwesen wird abgebaut; zugleich hat die pfäffische Reaktion einen Einfluß erhalten, wie sie ihn seit Menschenedenken nicht mehr ausgeübt hat.

Die Löhne sind durch die neue Notverordnung auf das niedrigste Niveau seit der Stabilisierung der Mark gesenkt worden. Die Preisabbauaktionen der Regierung sind zum größten Teil wirkungslos; sie sind nur eine Finte zur Erleichterung des Lohnabbaues. Die tariflichen Rechte der Gewerkschaften werden aufgehoben. Die neue Notverordnung ermöglicht den Raub des Streikrechts selbst in den engen Grenzen, die noch durch die Zwangsschlichtungsordnung gelassen wurden. Die Freiheit der Versammlung, der Demonstrationen und der Presse ist aufgehoben. Die Arbeiterklasse hat nur noch eines ihrer politischen Rechte behalten, nämlich das Recht, sich zu organisieren. Aber ihre Organisationen haben so gut wie kein Recht mehr, sich zu betätigen.

Die Mittelschichten, Kleinbauern, Kleingewerbetreibende, Kleinhändler und Beamte werden durch Steuern, Zölle und Gehaltsabbau dem Elend preisgegeben.

Von der Weimarer Demokratie ist in Deutschland nur noch die leere Form geblieben.

VI. Der bevorstehende Entscheidungskampf gegen den Faschismus.

Zentrum und Nationalsozialisten.

12. Je mehr die Faschisten erstarken, desto mehr wächst im Zentrum die Neigung, sich mit ihnen zu verbinden. Das Zentrum ist keine antifaschistische Kraft. Seine Politik wird bestimmt von den katholischen Industriellen und Großagrariern sowie von dem Pfaffentum, das es stets verstanden hat, sich unter jeder Ausbeuterherrschaft fette Pfründen zu sichern. Durch das Anwachsen der Nationalsozialisten und die Vernichtung der bürgerlichen Mittelparteien verliert das Zentrum seine bisherige Schlüsselstellung. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß Brüning bei der Umbildung der Regierung die entscheidenden Positionen der Reichwehrgeneralität überlassen mußte. Durch den Raub der Rechte der Gewerkschaften, insbesondere in der letzten Notverordnung, führt die Brüning-Regierung einen Schlag gegen die größte Massenorganisation, auf die sie sich stützte. Die Brüning-Regierung hat durch ihre Politik den Faschismus an die Schwelle der Macht gebracht. Sie paßt sich immer mehr dem Faschismus an. Außenpolitisch ist bereits eine völlige Uebereinstimmung zwischen Brüning und Hitler erzielt worden. Ferner hat die Regierung unter dem Drucke der faschistischen Bourgeoisie begonnen, inflationistische faschistische Programmpunkte durchzuführen (zwangsweise Zinssenkung). In einer Koalition mit den Nazis wird nicht, wie das die liberalen Spießbürger und mit ihnen die Führer der SPD. und KPD. hoffen, das Zentrum die führende Rolle spielen, sondern die Faschisten werden, sobald sie einmal am Ruder des Staatsapparates sitzen, danach trachten, ihre abschließliche Parteidiktatur aufzurichten. Das Zentrum wird sie daran ebenso wenig hindern können wie die bürgerlich-parlamentarischen Parteien in Italien, die nach dem Marsch auf Rom im Jahre 1922 eine „legale“ Koalitionsregierung mit den Faschisten bildeten. Diese Parteien sind nacheinander zerschlagen worden.

„Legalität“ und Terror der Faschisten.

13. Die faschistische „Legalität“ bedeutet keineswegs die Preisgabe der faschistischen Staatsstreichpläne und des faschistischen Terrors gegen die Arbeiter. Die faschistische „Legalität“ bedeutet nur, daß die Nationalsozialisten ihren Staatsstreich nicht im Gegensatz zu den Machtmitteln des bürgerlichen Staates, der Reichswehr und der Polizei, sondern im Bunde mit ihnen durchführen wollten. Das *Boxheimer Dokument* der hessischen Nationalsozialisten fügt sich deshalb durchaus in den Rahmen dieser „Legalität“ ein.

Der bürgerliche Staatsapparat hört, wie das die Haltung der preußischen Polizei und der Justiz zeigt, immer mehr auf die Befehle der Faschisten. Er ist zu einem großen Teil bereits direkt ein Instrument des Faschismus.

Mit dem Wachstum der Nationalsozialisten nimmt auch ihr Terror gegen die Arbeiterklasse zu, der den Zweck verfolgt, sie einzuschüchtern und die völlige Zerschlagung ihrer Organisationen einzuleiten. In ihrem Terror sind die Faschisten von individuellen Überfällen zu Bürgerkriegsaktionen größeren Stils übergegangen (Braunschweig). Die bürgerliche Demokratie hat nicht, wie die Sozialdemokraten das versprochen haben, die deutsche Arbeiterklasse vor dem Bürgerkrieg bewahrt; diese Demokratie, die den Faschismus hervorgebracht hat, hat nur bewirkt, daß die Faschisten den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse eröffnet haben und die Arbeiterklasse durch die demokratischen Fläusen entwaffnet und stillgehalten wird.

Die Bedeutung der kommenden geschichtlichen Entscheidung in Deutschland.

14. Die Entscheidung darüber, ob in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet werden soll oder nicht, steht nahe bevor. Keine bürgerlichen Kräfte, keine bürgerliche Partei, keine Organe des bürgerlichen Staates können die faschistische Diktatur verhindern. Sie sind Faktoren, die dem Faschismus den Weg zur Macht frei machen. Nur die Arbeiterklasse kann den Sieg des Faschismus verhindern; sie kann es nur, wenn sie alle außerparlamentarischen Machtmittel anwendet, wenn sie den Kampf gegen den bürgerlichen Staat aufnimmt, wenn sie das Ziel der Errichtung der proletarischen Diktatur stellt. Kapitalistische Ueberwindung der Krise mit Hilfe der Errichtung der faschistischen Diktatur oder revolutionäre Ueberwindung durch die Herbeiführung des Sozialismus mit Hilfe der proletarischen Diktatur — so steht heute die Frage für die deutsche Arbeiterklasse.

Die Lage in Deutschland weist, was die Tiefe der Krise der kapitalistischen Wirtschaft, was die Gegensätze unter den einzelnen Gruppen der Kapitalisten anbelangt, alle Züge einer unmittelbar revolutionären Situation auf. In dieser Hinsicht ist die Lage zugespitzter als 1918 und 1923. Was heute zu einer unmittelbar revolutionären Situation fehlt, ist der Aufschwung der Massenbewegung des Proletariats, die durch ihre Wucht die Reibungen im Lager der Bourgeoisie in eine Zersetzung der bürgerlichen Kräfte und insbesondere des bürgerlichen Staatsapparates verwandelt und dadurch die letzten Voraussetzungen für den völligen Sturz der bürgerlichen Herrschaft schafft. Wenn die KPD-Führung nur allgemein behauptet, daß in Deutschland die Voraussetzungen für eine revolutionäre Krise heranreifen, ohne zu sagen, daß gewisse Voraussetzungen bereits herangereift sind, während andere, nämlich die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, noch fehlen, so ist das eine Täuschung der Arbeiter über die geschichtliche Bedeutung der gegenwärtigen Lage.

Die Entscheidung, die in Deutschland fällt, ist von weitreichender Bedeutung für das Schicksal der gesamten internationalen Arbeiterbewegung, der kommunistischen Internationale und der Sowjet-Union. Eine siegreiche Abwehr des Faschismus in Deutschland, ein revolutionärer Aufschwung der deutschen Arbeiterklasse wird das gesamte internationale Proletariat in seinem Kampf beflügeln. Ein Sieg des Faschismus in Deutschland wäre ein riesiger Erfolg der Weltreaktion, er würde den Kapitalangriff in der ganzen Welt vorantreiben. Mit einer Niederlage der Kommunistischen Partei Deutschlands wäre die letzte große kommunistische Massenpartei, über die die Kommunistische Internationale in einem wichtigen kapitalistischen Lande verfügt, entscheidend geschlagen worden. Die Kommunistische Internationale hätte eine Niederlage erlitten, die ihre Existenz in Frage stellt; für die Sowjet-Union würde ein Sieg des Faschismus in Deutschland unmittelbare Kriegsgefahr bedeuten.

Die deutsche Arbeiterklasse muß dessen eingedenk sein, daß sie in ihrem Kampf gegen den Faschismus auf Vorposten für die gesamte internationale Arbeiterklasse steht.

VII. Die Vorarbeit der SPD. und der Gewerkschaften für den Faschismus.

15. Die Führung der Sozialdemokratie und Gewerkschaften hat durch Fortführung ihrer Politik der Bejahung des bürgerlichen Staates und der Unterstützung der kapitalistischen Wirtschaft alles getan, um den Vormarsch des Faschismus zu fördern und die Arbeiterklasse von der Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet abzuhalten. Sie trägt die Hauptschuld am Anwachsen des Faschismus. Die reformistische Politik demoralisiert die Arbeiterklasse, sie spaltet sie, sie zerbricht ihren spontan entstehenden Kampfwillen und nährt ihre Passivität. Nur dank der Passivität der Arbeiterklasse konnte der Faschismus stark werden.

Die Sozialdemokratie hat, um die Todeskrankheit der kapitalistischen Wirtschaft zu heilen, den Kapitalangriff unterstützt. Sie hat es so weit gebracht, daß die Sozialversicherung unferhöht ist, daß nicht nur die Löhne auf ein unerhört niedriges

Niveau herabgedrückt werden, sondern auch die Gewerkschaften, deren Rechte durch die letzte Notverordnung ausgelöscht werden, vor der Vernichtung stehen. Gewerkschaftliche Organisationen, die nicht nur ihrer Rechte beraubt sind, sondern diesen Raub sogar unterstützen, sind zum Verfall verurteilt. Der Reformismus handelt als eine Kraft, die die Gewerkschaften für den Angriff des Faschismus sturmreif macht.

Die reformistische Bürokratie spaltet, um den Widerstand gegen ihre verräterische Politik zu unterbinden, die proletarischen Massenorganisationen (Gewerkschaften, Kultur- und Sportorganisationen) und versucht, die revolutionäre Opposition aus ihnen hinauszudrängen. Die ultralinke Führung der KPD, hat dieser reformistischen Spaltungspolitik keinen Widerstand entgegen gesetzt, sondern hat sie durch ihr Verhalten direkt unterstützt.

Die Sozialdemokratie toleriert die Regierung Brüning angeblich zur Erhaltung der Demokratie und des Parlamentarismus. Sie hat durch die Tolerierungspolitik in Wirklichkeit aber nur den Abbau des Parlamentarismus und der demokratischen Rechte der Massen unterstützt. Sie hat die Arbeiterschaft geknebelt, um ihre Positionen in der preußischen Regierung aufrechtzuerhalten. Der preußische Staatsapparat (Polizei und Justiz) erweist sich aber, je mehr der Entscheidungskampf gegen den Faschismus heranrückt, immer mehr als eine Stütze des Faschismus, nicht aber als ein „Bollwerk der Demokratie“.

Die Regierung Brüning ist zwar nicht dasselbe wie eine offene faschistische Diktatur, wie das die KPD-Führung behauptet, sie darf von der Arbeiterklasse aber erst recht nicht, wie das die Sozialdemokratie fordert, als das kleinere Übel unterstützt werden. Nur im schärfsten Kampf gegen die Brüning-Politik kann eine erfolgreiche Abwehr des Faschismus durchgeführt werden. Nur im Kampfe gegen den von der Regierung Brüning durchgeführten Lohnabbau, gegen die neue Massenbelastung, gegen den Abbau auf dem Gebiete der Sozial- und Kulturpolitik können in den Massen die Kräfte zur einheitlichen Abwehr des Faschismus geweckt und organisiert werden.

In den Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wächst der Wille zur Abwehr des Faschismus und zur proletarischen Einheitsfront. Die Führung der SPD, hat versucht, durch Einheitsfrontmanöver gegenüber der KPD-Führung das erschütterte Vertrauen ihrer Anhänger von neuem zu befestigen. Diese Manöver waren nur möglich, weil die KPD-Führung sich dank ihrer Ablehnung der Einheitsfronttaktik „von oben“ der Möglichkeit beraubt hat, die SPD-Führer zu einer konkreten Stellungnahme in den Fragen des antifaschistischen Abwehrkampfes zu zwingen.

Die Politik der SPD-Führung läuft auf eine feige Kapitulation vor dem Faschismus hinaus. Bezeichnend dafür ist ihre Bereitschaft, eine „verfassungsmäßige“ Hitler-Regierung zu dulden. SPD-Führung und ADGB, machen alle Anstrengungen, jede Durchkreuzung ihrer Tolerierungspolitik durch außerparlamentarische Aktionen ihrer eigenen Anhänger sowie der gesamten Arbeiterschaft zu verhindern. Zu diesem Zweck verteidigt die SPD-Führung den „Burgfrieden“ und tritt für die „innere Abstützung“ ein, d. h. für den Verzicht der Arbeiterklasse auf wehrhafte Abwehr des faschistischen Terrors. Ihren sichtbaren Ausdruck findet die Kapitulation der SPD, in der Ablehnung der Reichstagsinberufung und der Proklamierung des „Abbruchs des Kampfes gegen die Notverordnung“ (Leipart). Die zunehmende Ablehnung der Tolerierungspolitik durch die SPD-Mitglieder entzieht der Brüning-Politik immer mehr ihre letzte Massenbasis. Um sich vor der Bourgeoisie als unentbehrliche Stütze zu erweisen, wurde von der SPD, die „eiserne Front“ gegründet, der Block der bürokratischen Spitzen der freien Gewerkschaften, der SPD, des ATuSP, und des Reichsbanners. Dieser Block will einerseits der Bourgeoisie die Unentbehrlichkeit der SPD zeigen, andererseits den rebellierenden Arbeitern eine Scheinaktion gegen den Faschismus vortäuschen.

Der Reformismus erlebt seinen geschichtlichen Bankrott zusammen mit der bürgerlichen Demokratie, der er sich mit Haut und Haaren verschrieben hat. Das ist eine internationale Erscheinung, denn auch in England, dem Mutterlande des bürgerlichen Parlamentarismus und der verbürgerlichten Arbeiterbewegung, beginnt jetzt die Krise beider.

Die deutsche Sozialdemokratie steht geschichtlich vor ihrer Liquidation, sei es durch den Kommunismus, sei es durch den Faschismus.

* * *

Die SAPD, hat keine wesentlichen Teile der Anhängerschaft der SPD, um sich gesammelt. Die kommunistische Arbeit unter den SPD-Arbeitern hat infolge der Bildung der SAPD, keineswegs an Wichtigkeit eingebüßt.

Die SAPD, hat gezeigt, daß sie als eine zentristische Partei kein vorwärtstreibender Faktor des proletarischen Kampfes ist, sondern ihn hemmt. Die Führung der SAPD, sabotiert die Schaffung der proletarischen Einheitsfront; auch wenn sie durch den Druck ihrer Mitglieder gezwungen wird, sich für die proletarische Einheitsfront auszusprechen, sucht sie den Drang der Massen nach einheitlichen Aktionen zu bremsen, indem sie die Forderung des „Waffenstillstandes unter den Arbeiterparteien“, d. h. die Forderung nach Einstellung der revolutionären Kritik am Refor-

mismus aufstellt und die Schaffung von Einheitsfrontorganen, überparteilichen antifaschistischen Abwehrorganisationen und antifaschistischen Kartellen ablehnt. Die SAPD-Arbeiter haben sich an zahlreichen Orten im Gegensatz zu der offiziellen Politik ihrer Partei an der Schaffung von Einheitsfrontorganen beteiligt.

VIII. Die Ergebnisse des ultralinken Kurses.

16. Die ultralinke Politik der KPD-Führung, die ihr von der Exekutive der Komm. Internationale vorgeschrieben worden ist und von dieser gedeckt wird, hat die Aktionskraft der Kommunistischen Partei zerstört. Sie hat bewirkt, daß nicht der Kommunismus, sondern der Faschismus zum politischen Nutznießer der bisher schwersten Krise des deutschen Kapitalismus geworden ist. Sie hat die Kommunisten gehindert, dem reformistischen Verrat entgegenzuwirken und hat die durch die reformistische Politik hervorgerufene Passivität der Arbeiterklasse auch ihrerseits genährt. Die Wahlerfolge und das organisatorische Wachstum der KPD, bleiben weit hinter denen des Faschismus und hinter den Möglichkeiten, die die Situation eröffnet, zurück. Auch dieses Wachstum ist nicht wegen, sondern trotz der ultralinken Politik eingetreten, und zwar dank der unverwundlichen Werbekraft der Idee des Kommunismus und der Erfolge des Fünfjahresplanes in der Sowjet-Union. Der Masseneinfluß der Reformisten ist trotz ihrer schändlichen Politik noch äußerst stark. Die Positionen der Kommunisten in den Gewerkschaften und in anderen proletarischen Massenorganisationen sind fast zertrümmert, die in den Betrieben sehr geschwächt. Die RGO, und die anderen selbständigen Organisationen, die durch Spaltung entstanden sind, stellen Gebilde dar, die zu umfassenden und erfolgreichen Massenaktionen unfähig sind.

Die Ersetzung des demokratischen Zentralismus durch den bürokratischen hat nicht zu einer Erhöhung der ideologischen Geschlossenheit der Partei, nicht zu einer Steigerung der Aktionsdisziplin geführt, sondern sie im Gegenteil geschwächt. Der Drosselung der Diskussionsfreiheit für eine kommunistische Kritik steht gegenüber eine weitgehende Toleranz gegenüber nicht-kommunistischen Auffassungen, soweit deren Träger sich der Parteibürokratie fügen (Fälle Scheringer und Pfarrer Eckert). Die Einführung einer mechanischen Disziplin führt zur Nichtteilnahme breiter Mitgliederkreise an der Parteiarbeit.

Die Entwicklung der ultralinken Politik.

17. Die Geschichte der ultralinken Politik ist die Geschichte ihres fortwährenden Bankrotts. Sie begann mit der Feststellung, daß die Krise der Stabilisierung bereits da sei (Theorie der „3. Periode“), als die Weltwirtschaftskrise noch nicht ausgebrochen war. Die Folge davon war nur, daß die KPD-Führung nicht in der Lage war, die besonderen Züge der Krise in Deutschland festzustellen, als sie wirklich ausbrach. Die KPD-Führung erfannd den „Sozialfaschismus“; dadurch machte sie ihre Kritik am Reformismus unwirksam und lenkte die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der wirklichen faschistischen Gefahr ab. Statt die Arbeiterschaft auf das alarmierende Anwachsen des Faschismus hinzuweisen, erklärte die KPD-Führung einerseits alles, was nicht kommunistisch war, für Faschismus, andererseits unterschätzte sie sträflich die Nationalsozialisten, deren endgültige Zersetzung sie zu wiederholten Malen verkündete. Ein weiterer Beweis für die schwankende Politik der KPD-Führung ist ihr Weg von der Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!“ bis zu ihrer letzten Erklärung gegen den individuellen Terror. In sträflicher Weise hat die KPD-Führung in ihrer Propaganda Zugeständnisse an die faschistische Ideologie auf Kosten der kommunistischen Grundsätze gemacht (vor allem im nationalsozialistischen Programm der „nationalen und sozialen Befreiung“). Sie hat dadurch dem Faschismus nicht Abbruch getan, sondern ihm schwankende Schichten zugeführt und die eigenen Anhänger verwirrt. Auch heute läßt die KPD-Führung jede Klarheit über das Wesen des Faschismus vermissen. Mit einer Politik, die bald Brüning, bald Hitler, bald die SPD, zu den Repräsentanten des Faschismus erklärt, die bald feststellt, daß der Faschismus in Deutschland schon herrsche, bald, die Errichtung der faschistischen Diktatur drohe erst, können die Massen nicht zum Entscheidungskampf gegen den Faschismus mobilisiert werden. Daß sich in der KPD-Bürokratie bereits Stimmen zur Kapitulation vor dem Faschismus breit machen, zeigt die Auffassung, daß die Errichtung der faschistischen Diktatur nicht so gefährlich sei, weil die Faschisten bald abwirtschaften würden.

In den Anfängen des ultralinken Kurses lehnte die KPD-Führung jede Teilforderung als reformistisch ab. Später hat sie einige Teilforderungen, die von der KPD-O. aufgestellt waren, aufgenommen. Sie hat sie jedoch nur in der Presse und im Parlament vertreten, nicht aber zum Gegenstand einer außerparlamentarischen Bewegung der Massen gemacht. Sie hat schließlich auch eine Massenmobilisierung um solche Forderungen versucht; das scheiterte aber daran, daß die KPD, infolge der tatsächlichen Ablehnung der Einheitsfronttaktik und des RGO-Kurses sich aller Hebel zur Mobilisierung der Massen beraubte. Die KPD, hat nicht vermocht, außerparlamentarische Massen-

bewegungen gegen die **Notverordnungen** zu organisieren. Der schlimmste Fall ihrer Politik der Beschränkung auf rein parlamentarische Aktionen und der Verwischung der Grenzen gegenüber dem Faschismus war der sogenannte „Rote Volksentscheid“ in Preußen.

Die fortschreitende Zersetzung des ultralinken Kurses und der Drang der Parteimitglieder nach wirklichen Einheitsfrontaktionen veranlaßt die KPD-Führung, in der Frage der Einheitsfront ihre alten Formulierungen von den „kleinen Zögernissen“, den „sozialfaschistischen Funktionären der SPD. und der Gewerkschaften“ usw. preiszugeben und die Bildung überparteilicher Abwehrorganisationen gegen den Faschismus, das Herantreten an reformistische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu propagieren. In der Sache hält sie aber an der Ablehnung der Einheitsfront fest, indem sie das Herantreten an reformistische Organisationen ablehnt und die Einheitsfronttaktik nur von unten zuläßt. Dadurch macht sie wirkliche Einheitsfrontaktionen, die Bildung antifaschistischer Kartelle und wirklich überparteilicher Abwehrorganisationen gegen den Faschismus unmöglich. Die KPD-Mitglieder erweisen sich in zahlreichen Orten als politisch reifer denn die Führung und setzen Einheitsfrontaktionen gegen und ohne den Willen der Parteibürokratie durch.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet versucht die KPD-Führung, den Bankrott des RGO-Kurses zu verschleiern, indem sie eine von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilte inner-gewerkschaftliche Arbeit zur Stärkung der selbständigen Verbände und unter den Losungen der RGO. fordert; ferner dadurch, daß sie Einheitsfrontmanöver gegenüber den Funktionären der freien Gewerkschaften macht, die keine ernsthafte Bedeutung haben, weil das Herantreten an die gewerkschaftlichen Organisationen als solche verboten ist.

Die ultralinke Politik und insbesondere der RGO-Kurs entwerfen die Kommunistische Partei und berauben sie der Mittel, deren sie bedarf, um den Entscheidungskampf gegen den Faschismus erfolgreich zu bestehen. Da die KPD. nach wie vor die Aufstellung revolutionärer Uebergangslösungen, besonders der Arbeiterkontrolle der Produktion, ablehnt, ist sie nicht imstande, der Arbeiterklasse einen revolutionären Ausweg aus der Krise zu zeigen.

Die Wendungsversuche der Parteibürokratie erweisen sich als Flickwerk. Sie können die Partei nicht vor der Niederlage bewahren. Eine wirkliche Wendung kann nicht von oben, nicht durch Cliquenkämpfe in der Führung, sondern nur durch das Eingreifen der Mitglieder, durch die Herstellung der innerparteilichen Demokratie herbeigeführt werden.

Wenn der ultralinke Kurs nicht rechtzeitig und vollständig liquidiert wird, dann droht der organisatorische und politische Zusammenbruch der KPD. unter den Schlägen des Faschismus, d. h. das Schicksal der Kommunistischen Partei Finnlands.

IX. Die KPD. und ihre Aufgaben.

Die politische Rolle der KPD.-O.

18. Die KPD.-O. hat in den drei Jahren ihres selbständigen Bestehens den Beweis erbracht, daß sie der fortgeschrittenste Teil der kommunistischen Bewegung in Deutschland ist. Ihre Einschätzung der politischen Perspektiven und ihre praktischen Vorschläge haben sich als richtig erwiesen. Die KPD.-O. hat damit gezeigt, daß ihre Politik, und nur diese Politik, geeignet ist, die Führerrolle der Kommunistischen Partei zu verwirklichen und das gesamte Proletariat zum Kampfe für die Abwehr der Angriffe des Kapitals und für den Sturz der bürgerlichen Herrschaft zu organisieren.

In der Diskussion über die politischen Perspektiven, die der 6. Kongreß der Kommunistischen Internationale aufstellte, hat die KPD.-O. darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Gegensätze und Krisen, die die kapitalistische Stabilisierung notwendigerweise hervorbringen muß, im revolutionären Sinne nicht von vornherein gegeben seien, sondern im entscheidenden Maße von dem Verhalten der Kommunisten abhängen. Sie hat gegenüber der Phrase von dem angeblichen revolutionären Aufschwung in Deutschland (Durchbruchschlachten) auf die tatsächlich vorhandene Offensive des Kapitals hingewiesen und in ihren verschiedenen Kampfprogrammen die Mittel und Wege aufgezeigt, um die Abwehr gegen diese Offensive zu organisieren, aus der allein der siegreiche Angriff des Proletariats erwachsen kann. Die KPD.-O. hat als erste und einzige Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung die faschistische Gefahr signalisiert. Sie hat von Anfang an den Faschismus in seinen allgemeinen ökonomischen und politischen Ursachen richtig beurteilt und sowohl die liberale Auffassung der linksbürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über den Faschismus als auch die absurde ultralinke Theorie des Sozialfaschismus bekämpft und alles getan, was in ihren Kräften stand, um die Arbeiter vor der liberalen und ultralinken Unterschätzung der faschistischen Gefahr zu warnen.

Die KPD.-O. hat durch eine richtige Anwendung der Uebergangslösungen den konkreten Weg der revolutionären Ueberwindung der gegenwärtigen Krise aufgezeigt, sie hat bahn-

brechend gewirkt, indem sie die organisatorischen Formen der antifaschistischen Abwehr propagierte (antifaschistische Kartelle und überparteiliche Abwehrorganisationen), die jetzt unter breiteren Arbeitermassen populär werden.

In zahlreichen Orten im ganzen Reich sind auf Grund der Initiative der KPD.-O. antifaschistische Kartelle und überparteiliche antifaschistische Abwehrorganisationen gegründet worden.

Die KPD.-O. hat durch ihre richtige Gewerkschaftspolitik die wenigen Positionen gerettet, über die die kommunistische Bewegung noch in den Gewerkschaften verfügt, nachdem der RGO-Kurs den kommunistischen Einfluß in den Gewerkschaften zerstört hat.

Die Perspektiven der KPD.-O.

19. Daß die KPD.-O. trotz ihrer richtigen Politik ihren organisatorischen Einfluß nicht steigern konnte, ist neben innerparteilichen Gründen (Unterschätzung der Bedeutung der organisatorischen Stärkung, Mangel an einer strafferen Disziplin in unseren Reihen) in erster Linie auf allgemeine, von der KPD.-O. unabhängige Gründe zurückzuführen. Eine richtige kommunistische Politik verlangt von ihren Anhängern die höchste politische und organisatorische Aktivität, und zwar nicht nur eine mechanische Aktivität, eine formale Durchführung von Parteiparolen, sondern eine bewußte Aktivität, die die größte Initiative des einzelnen voraussetzt. Heute haben wir aber infolge des Versagens der KPD. eine starke Passivität in der Arbeiterklasse. Wenn die gesamte kommunistische Bewegung in die gegenwärtige Krise mit einer richtigen Politik hineingegangen wäre, dann hätten wir nicht einen Aufschwung des Faschismus und eine Passivität und Desorientierung in der Arbeiterbewegung erlebt, sondern eine außerordentliche Zunahme der Aktivität der Massen, einen wirklichen revolutionären Aufschwung. Der organisatorische Ausgangspunkt der KPD.-O. war zu schwach, als daß die KPD.-O. der Passivität der Massen entgegen wirken konnte, die von den großen und mächtigen Organisationen, wie der SPD. und KPD. genährt wurde. Sie hat deshalb selbst, was die Ausbreitung ihres Einflusses anbelangt, unter dieser Passivität gelitten. So haben auch die Bolschewiki in den Jahren 1907 bis 1912, in den Jahren der Konterrevolution, der Passivität und Desorientierung der Arbeiterklasse, schwere organisatorische Rückschläge erdulden müssen. Aber als im Jahre 1912 wieder eine außerparlamentarische Massenbewegung in Rußland einsetzte, waren es die wegen ihres angeblichen Sektierertums und dogmatischen Starrsins verlästerten Bolschewiki, die diese Bewegung führend beeinflussten und mit ihr wuchsen.

Weil sie in den schweren Jahren des Zurückflutens der Arbeiterbewegung keine Konzession weder an die ultralinken Otsowisten, noch die menschwichtigen Liquidatoren und an zentristische Gruppen gemacht hatten, waren die Bolschewiki bei dem Einsetzen des Massenkampfes fähig, den Massen eine revolutionäre Führung zu geben.

Die KPD.-O. ist in den letzten Jahren innerlich gewachsen. Ihre Mitglieder haben eine harte, aber gute Schule genossen, und haben es gelernt, die politischen Ereignisse selbständig zu beurteilen und selbständig auf sie zu reagieren.

Angesichts der objektiven Situation erwachsen der KPD.-O. heute besonders große Aufgaben. Vor der Arbeiterklasse steht die Frage der Abwehr des Faschismus, von deren Lösung das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung auf Jahre hinaus abhängt. Weder die KPD.-Führung mit ihrer ultralinken Politik und erst recht nicht die SAPD. oder die SPD. können den Widerstand der Arbeiter gegen den Faschismus organisieren und ihn, wenn er spontan zustande kommt, politisch führen. Nur vom Boden der Politik der KPD.-O. aus kann der Abwehrkampf gegen den Faschismus organisiert werden. Die KPD.-O. muß heute die schwachen Ansätze zu einem Aufflammen der proletarischen Massenaktion gegen den Faschismus, die sich hier und da zeigen, aktiv fördern und sie zur Massenbewegung der ganzen Arbeiterklasse entwickeln. Sie muß zu diesem Zweck alle Kräfte aufbieten, um die antifaschistische Abwehr zu organisieren, sie muß dort, wo es zu spontanen Abwehraktionen gegen den Faschismus kommt, in den ersten Reihen kämpfen und sich bemühen, sie führend zu beeinflussen. Indem die KPD.-O. so versucht, die Aufgaben durchzuführen, bei deren Erfüllung die KPD. infolge des ultralinken Kurses versagt, arbeitet die KPD.-O. erfolgreich an der Gesundung der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Denn die KPD.-O. stärkt durch ihren antifaschistischen Kampf das durch die ultralinke Politik gesunkene Ansehen des Kommunismus wieder bei der Arbeiterklasse und weckt bei den KPD.-Mitgliedern die Kritik an ihrer unfähigen Parteiführung und den Willen, zu einer Reformierung der Kommunistischen Partei im Sinne unserer Politik. Die Tatsache, daß die ultralinke Politik sich als unfähig erwiesen hat, den Aufschwung der Konterrevolution zu verhindern, ruft schon heute eine, wenn auch erst schwache Opposition der Parteimitglieder gegen die ultralinke Führung hervor. Die KPD.-O. muß diese beginnende Rebellion in den Reihen der KPD. tatkräftig fördern einerseits durch eine unerbittliche Kritik an dem ultralinken Kurs und

andererseits durch eine richtige kommunistische Politik, durch die Organisation des Massenkampfes gegen den Faschismus, die am ehesten die KPD.-Mitglieder davon überzeugen wird, daß nur unsere Politik imstande ist, den Faschismus zu schlagen und die Arbeiterklasse zum Siege zu führen. Da somit heute günstige Voraussetzungen für die Reformierung der kommunistischen Bewegung in Deutschland vorhanden sind, hält die KPD.-O. an der ersten Perspektive fest, der Eroberung der KPD., wie sie in der Plattform formuliert worden ist.

Auch in dem schlimmsten Falle, wenn der Sieg des Faschismus nicht verhindert werden könnte, wird nur diejenige Gruppe der Arbeiterbewegung den Kampf gegen die faschistische Diktatur organisieren können, die alles getan hat, um den Sieg des Faschismus zu verhindern und die in der Abwehr des Faschismus eine richtige Politik vertreten hat. Während bei einem Sieg des Faschismus die Gefahr droht, daß die KPD. infolge der ultralinken Politik ebenso zusammenbrechen wird wie die KP. Finnlands, wird die KPD.-O., wenn sie sich in den Kämpfen gegen den Faschismus bewährt, imstande sein, die kommunistische Bewegung neu zu organisieren und aufzubauen. In diesem Falle wird die KPD.-O., wie es in der Plattform heißt, „zur kommunistischen Partei selbst werden“.

Die Auseinandersetzungen in der KPD.-O.

20. Die Entwicklung der KPD.-O. und ihre politische Arbeit wurde durch das Auftreten der Minderheit gehehmt.

Die Opposition der Minderheit der KPD.-O. spiegelt die Schwierigkeiten unseres Kampfes in der heutigen Zeit wieder, die bei diesen Genossen Ungeduld hervorruft und sie verleitet, sich der Illusion hinzugeben, es gäbe einen leichteren und schnelleren Weg zum Siege der KPD.-O., als den bisher beschrittenen.

Die allgemeine Tendenz der Politik der Minderheit der KPD.-O. ist das Preisgeben der Grundaufgabe der KPD.-O., des Kampfes für die Gesundung der kommunistischen Bewegung. Dies kommt in ihrer Stellung zur KPD. und SAPD. zum Ausdruck.

Führende Anhänger der Minderheit haben seit Jahr und Tag versucht, die KPD.-O. von dem Weg einer kommunistischen Richtung, die für die Sammlung der kommunistischen Arbeiter auf dem Boden einer richtigen Politik kämpft, abzudrängen in die Sackgasse einer neuen Partei, die einen endgültigen Trennungstrich zwischen sich und den Massen der kommunistischen Arbeiter ziehen und den Bruch mit der Kommunistischen Internationale und der Sowjet-Union bedeuten würde.

Der Versuch der Minderheit ihre Stellung damit zu begründen, daß die KPD. bereits die kommunistischen Grundsätze verlassen habe, zeigt nur, daß die Genossen der Minderheit in der Frage der kommunistischen Grundsätze schwankend geworden sind. Die Haltung derselben Genossen zur SAPD. zeigt, daß ihre Versuche, grundsätzliche Differenzen mit der KPD. zu konstruieren, keineswegs einer kommunistischen Grundsatzfestigkeit entspringen, sondern einer Unsicherheit in den kommunistischen Grundauffassungen. Die KPD.-O. hat die Möglichkeit, daß sie sich als die kommunistische Partei konstituiert nur in Betracht gezogen für den Fall, daß die KPD. aufhört, eine kommunistische Partei zu sein, d. h. erst dann, wenn alle Möglichkeiten des Kampfes für die Reform der KPD. erschöpft sind.

Unser Gegensatz zur KPD. ist nach wie vor taktischer Natur. Die Minderheit hat die teilweisen Verstöße der KPD.-Führung gegen die Grundsätze des Kommunismus in der Frage des Nationalbolschewismus übertrieben und als einen völligen Bruch mit diesen Grundsätzen ausgegeben und die andere Seite der Zersetzung des ultralinken Kurses, die nicht zuletzt unter dem Druck unserer Kritik vorgenommenen teilweisen Korrekturen an diesem Kurs, vollkommen außer acht gelassen. Die Tatsachen zeigen, daß der ultralinke Kurs keineswegs gradlinig in der Richtung eines vollkommenen Bruchs mit den kommunistischen Grundsätzen verläuft, daß vielmehr ständig innerhalb der Sektionen der Kommunistischen Internationale und der KPD. Kräfte entstehen, die diesem gradlinigen Verlauf entgegenwirken; schließlich tauchen, was das Wichtigste ist, und was die Aussichten auf eine Eroberung der KPD. für die Politik der KPD.-O. erhöht, in der Mitgliedschaft gerade heute unter dem Druck der faschistischen Offensive immer wieder Tendenzen auf, die von der Parteibürokratie als „brandleristisch“ beschimpft werden, d. h. die unsere Ideen aufnehmen und die zeigen, daß die Möglichkeit nicht nur zu halben Wendungen von oben, sondern zu einer ganzen Wendung, die von unten her bewirkt wird, besteht.

Die Minderheit hat in der Frage der SAPD. die kommunistischen Grundauffassungen über das Verhältnis des Kommunismus zum Zentrismus aufgegeben, indem sie den zentralistischen Charakter dieser Partei leugnete, die Lösung ihrer Eroberung für den Kommunismus aufstellte und unter dem Vorwand, daß eine solche Eroberung möglich sei, die Perspektive der Verschmelzung mit der SAPD. aufstellte.

Die Minderheit hat praktisch mit den organisatorischen Grundsätzen des Kommunismus gebrochen, indem sie statt der notwendigen Diskussionsfreiheit im Rahmen der kommunistischen

Grundsätze und der taktischen Grundauffassungen der KPD.-O. die allgemeine Meinungsfreiheit und Toleranz auch über diesen Rahmen hinaus dadurch für sich in Anspruch nimmt, daß sie trotz der Entscheidung der 3. Reichskonferenz entscheidende Grundauffassungen der KPD.-O. (Arbeiter- und Bauernregierung, Verhältnis zum Zentrismus und zur KPD., Frage der neuen Partei) ablehnt; indem sie ferner die kommunistische Disziplin ablehnt und die Fraktionsfreiheit fordert. Im Interesse ihrer Fraktionsarbeit hat die Minderheit, dort, wo sie dazu in der Lage war, die innerparteiliche Demokratie und den Zentralismus außer Kraft gesetzt und die Mitglieder von der Ausübung ihrer Rechte ausgeschaltet. (Offenbach, Hamburg.)

Die KPD.-O. kann als eine kommunistische Organisation nicht die Vertretung von unkommunistischen Auffassungen innerhalb ihrer Reihen zulassen. Sie kann als eine kommunistische Richtung keine Fraktionsbildung gestatten.

Die Minderheit hat durch ihren Austritt aus der Reichsleitung, durch ihre Fraktionsstätigkeit, das Aufgeben kommunistischer Organisationsprinzipien auch die organisatorische Einheit der KPD.-O. gefährdet. Die Anerkennung der kommunistischen Grundsätze, der taktischen Grundauffassungen der KPD.-O., wie sie in der Plattform niedergelegt sind, und der kommunistischen Disziplin einschließlich der Körperschaftsdisziplin ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der KPD.-O.

Die politischen Aufgaben der KPD.-O.

21. Die KPD.-O. muß ihre Aufgabe der Gesundung der kommunistischen Bewegung erfüllen, indem sie mit allen Kräften die Arbeiter für den Entscheidungskampf gegen den Faschismus, für die revolutionäre Überwindung der Krise organisiert und versucht, auch die spontane Abwehr der Arbeiterklasse gegen die wirtschaftlichen und politischen Angriffe des Kapitals, gegen die faschistische Gefahr führend zu beeinflussen.

Propagierung und Schaffung von Einheitsfrontorganen gegen Kapitalangriff und Faschismus.

Die KPD.-O. muß mit aller Kraft auf die Bildung von Einheitsfrontorganen zum Kampfe gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus (antifaschistische Kartelle der proletarischen Organisationen unter Hinzuziehung von gewählten Betriebs- und Erwerbslosenvertretern, Abwehrorganisationen auf überparteilicher Grundlage) hinwirken. Bei der Bildung überparteilicher Abwehrorganisationen darf nicht die Zustimmung zu kommunistischen Grundsätzen als Voraussetzung gefordert werden, sondern nur die Bereitschaft zum Kampf gegen den Faschismus mit allen Mitteln. Unsere grundsätzliche Propaganda, die nie aufhören darf, wird die Arbeiter im Laufe der Kämpfe überzeugen.

Propaganda für den politischen Massenstreik.

Die Propaganda für den politischen Massenstreik als der wichtigsten Waffe zur Abwehr des Lohnabbaus und der neuen Belastungen der Massen und auch zur Unterstützung der Abwehr des faschistischen Terrors muß in unserer Gewerkschaftsarbeit an die Spitze gestellt werden. Der Abwehrkampf gegen den Faschismus wird letzten Endes nur dann von durchschlagendem Erfolg sein, wenn die allgemeinen Abwehraktionen (Versammlungen, Demonstrationen usw.) unterstützt werden von politischen Streiks. Im Hinblick darauf ist die Tätigkeit insbesondere unter den Arbeitern der Verkehrsbetriebe, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und in den für sie zuständigen Gewerkschaften verstärkt in Angriff zu nehmen.

Kampf gegen die Notverordnungen, für die Wiederherstellung der Rechte der Arbeiter!

Die KPD.-O. muß in den Betrieben und in allen Massenorganisationen die Arbeiter und die anderen werktätigen Schichten zum Kampfe für die Aufhebung der Notverordnungen gegen die neue Massenbelastung und für die Wiederherstellung der politischen Rechte der Werktätigen mobilisieren.

In diesem Kampf sind die von der KPD.-O. in ihrem antifaschistischen Kampfprogramm, ihrem Kommunalprogramm usw. aufgestellten Forderungen unter Berücksichtigung der konkreten Umstände zu vertreten.

Unser Kampf in den Gewerkschaften.

Die 4. Notverordnung rüttelt an der Existenzgrundlage der Gewerkschaften. Die kampflose Kapitulation der Gewerkschaftsführung vor der Brüning-Diktatur muß auf die Dauer zu einer Massenflucht aus den Gewerkschaften führen und so ihre Widerstandskraft schwächen. Bei der Führung der Gewerkschaften zeigen sich Tendenzen nicht nur vor Brüning, sondern auch vor der offenen faschistischen Diktatur zu kapitulieren. Grundsätzlich begünstigen die reformistischen Gewerkschaftsführer diesen Weg durch ihre Teilnahme am Wirtschaftsbeirat. Die Kapitulation der Gewerkschaften vor dem Faschismus würde ihre Umwandlung in faschistische Korporationen bedeuten. Der Kampf

muß in dieser Situation um die Erhaltung und den Ausbau der Gewerkschaften als ausschließlicher Organe des proletarischen Klassenkampfes geführt werden. Die Flucht aus den Gewerkschaften begünstigt ihren Zerfall und die Kapitulationsstimmung vor dem Faschismus. Deshalb muß ihr mit allen Mitteln und durch breiteste Massenwerbung für die Gewerkschaften begegnet werden. Eine numerische Stärkung der Gewerkschaften hängt ausschließlich von der Liquidierung der Kapitulationspolitik der jetzigen Gewerkschaftsführungen ab. Der Kampf gegen den Reformismus ist gleichbedeutend mit der Rettung der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsmitglieder müssen mobilisiert werden zum Kampf gegen die neue Notverordnung, die die Rechte der Gewerkschaften vernichtet und einen neuen unerhörten Lohnabbau androht. Dort, wo die notwendigen Voraussetzungen dazu da sind, müssen wir auf die Anwendung des Streiks zur Abwehr des Lohnabbaus hinwirken. Die geschlossene Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder ist die Voraussetzung dafür, daß Abwehrkämpfe gegen den Lohnabbau auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie und gegen die Schlichtungsinstanzen durchgeführt werden.

Ein erfolgreicher Kampf gegen Kapitaloffensive und Faschismus ist ohne aktive Anteilnahme der Betriebsräte nicht möglich. Dieser fordert die Zusammenfassung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte zu Betriebsräte-Konferenzen und der Bildung permanenter Betriebsräteausschüsse.

In den Gewerkschaften müssen wir auf die Bildung breiter linker Fraktionen gegen den Reformismus unter Aufrechterhaltung unserer eigenen KPD.-O.-Fraktionen hinwirken.

An unserer prinzipiellen Stellung, d. h. der Liquidierung der RGO., gegenüber der RGO. wird festgehalten. Zur Verbreiterung des Kampfes gegen den Reformismus und zur Stärkung der Opposition innerhalb der freien Gewerkschaften sowie zur rascheren Liquidierung des RGO.-Kurses und der RGO. müssen wir jedoch die Einheitsfronttaktik gegenüber den roten Verbänden und roten Betriebsräten anwenden und das Zusammengehen der roten Verbände und roten Betriebsräte mit den Gewerkschaftsorganisationen fordern. Dadurch ist es möglich, die Einheitsfrontmanöver sowohl der Gewerkschaftsbürokratie, die sich mit den bürgerlichen Spitzen, der christlichen und Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaften verbündet, als auch der KPD.-Führung zu durchkreuzen und auf eine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung sowie der Voraussetzungen für ihre Eroberung durch den Kommunismus hinzuwirken.

Während die Einheitsfrontmanöver der KPD.-Führung die Unterordnung der oppositionellen Gewerkschafter unter den RGO.-Kurs bezwecken, müssen wir bei Einheitsangeboten an die roten Verbände und roten Betriebsräte ihre Unterordnung unter das Interesse der innergewerkschaftlichen Opposition, der Revolutionierung der Gewerkschaften, der Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit fordern.

Sinngemäße Anwendung dieser Einheitsfronttaktik auch in den übrigen proletarischen Massenorganisationen.

Kontrolle der Produktion, Preiskontrollausschüsse.

Die KPD.-O. propagiert zur revolutionären Ueberwindung der Krise die Durchführung der Kontrolle der Produktion und Verteilung durch Organe der Arbeiter, unter Hinzuziehung der anderen werktätigen Schichten. Im Rahmen dieses Kampfes muß insbesondere die Forderung der Weiterführung stillgelegter Betriebe unter Kontrolle und Leitung der Arbeiter und mit Hilfe von staatlichen Zuschüssen erhoben und ferner die Schaffung von Preiskontrollausschüssen angestrebt werden, die im Kampfe gegen die Organe des bürgerlichen Staates und dem offiziellen Preisabbauschwindel, den Preiswucher entlarven und durch Massendruck die Preissenkung erzwingen. (Auch die antifaschistischen Kartelle müssen für den Kampf gegen Preiswucher benutzt werden.)

Gegen die nationalistische Hetze und imperialistische Verständigung, für internationale revolutionäre Aktion!

Die KPD.-O. muß gegenüber der nationalistischen Agitation und der imperialistischen Verständigungspolitik, die ebenfalls der Reaktion und der Vorbereitung zum imperialistischen Kriege dient, internationale Solidaritätsaktionen der Werktätigen propagieren: Sie bekämpft die deutsch-französische imperialistische Verständigung, sie bekämpft das imperialistische Revisionsprogramm der deutschen Bourgeoisie, sie fordert die Annullierung der internationalen Schuldenlasten durch das internationale Zusammenwirken der Arbeiter und aller Unterdrückten gegen den Imperialismus, daß der deutschen Arbeiterklasse vor allem den Kampf zum Sturz der eigenen Bourgeoisie zur Pflicht macht. Angesichts der wachsenden Bedrohung der Sowjet-Union müssen die Arbeiter für den Schutz der Sowjet-Union mit allen Mitteln mobilisiert werden; durch proletarische Aktionen muß die Versorgung des japanischen Imperialismus und der chinesischen

Konterrevolution mit Waffen gegen die Sowjet-Union unterbunden werden.

Für die revolutionäre Liquidierung der Krise.

Gegen die Brüning-Regierung, gegen die drohende Gefahr einer Hitler-Diktatur, gegen die bürgerliche Herrschaft überhaupt kämpft die KPD.-O. für die Räterediktatur.

Die Voraussetzungen für einen siegreichen Angriff, der den revolutionären Ausweg aus der Krise bahnt, ist die Abwehr des Kapitalangriffs und des Faschismus durch die Arbeiterklasse. Die Entfaltung einheitlicher Massenaktionen ist die Voraussetzung für einen revolutionären Aufschwung, die Schaffung breiter Einheitsfrontorgane, die Vorbedingung für die Bildung von Räten. Es gilt alle Kräfte anzustrengen, um dieses Ziel zu erreichen.

Zur Gewerkschaftsfrage

Die Reichskonferenz nahm mit 62 gegen 22 Stimmen folgende von der von ihr eingesetzten Redaktionskommission vorgeschlagene Entschließung an:

„Gegenüber der ungenauen, zu Zweifel führenden Formulierung der Einheitsfronttaktik gegenüber der RGO. beschließt die Redaktionskommission, daß die Gewerkschaftskommission auf der Grundlage der hier (in der politischen Resolution, D. Red.) niedergelegten Beschlüsse eine ausführliche Gewerkschaftsresolution ausarbeiten soll.“

Mit demselben Stimmenverhältnis wurde der nachstehende Antrag Enderle abgelehnt:

„Es kann wohl (und muß) von der KPD.-O. von den „roten“ Verbänden und „roten“ Betriebsräten gefordert werden, daß sie Einheitsfront mit den freien Gewerkschaften machen. Die Losung Einheitsfront mit der RGO. als Ganzes wird abgelehnt.“

Unsere Stellung zur SAPD.

Die im „Gegen den Strom“, Jahrgang IV, Nr. 22, abgedruckte Resolution der Reichsfunktionärkonferenz vom Oktober zur Frage der SAPD. wurde von der IV. Reichskonferenz unter Hinzufügung der nachstehenden Ergänzungen mit 67 gegen 17 Stimmen angenommen.

Der folgende Absatz soll der Resolution der Reichsfunktionärkonferenz zur SAPD., Punkt 1, Absatz 2 von unten, „Strom“ Seite 254, angefügt werden:

Ihr Zentralorgan druckte als grundsätzliche Stellungnahme zur Sowjet-Union einen Artikel von Weckerle ab, in dem der sozialistische Charakter des Aufbauwerkes der Sowjet-Union bestritten und gefordert wurde, daß die deutschen Arbeiter die Interessen der Sowjet-Union der Sache der Verständigung der kapitalistischen Staaten opfern sollten. Ferner übernimmt die SAPD. in ihrem Zentralorgan den Standpunkt Otto Bauers, wonach in der Sowjet-Union gegenwärtig eine Diktatur über das Proletariat herrsche und die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie angestrebt werden müsse.

Nach dem Absatz 2 der Resolution zur SAPD.-Frage, wo es heißt: „Gegen die Bourgeoisie und die mit ihr verbundenen reformistischen Führer zu kämpfen“, soll nachstehendes eingefügt werden:

Die Politik der SAPD. seit ihrer Gründungskonferenz zeigt, daß diese Partei ein Hemmnis für die Entfaltung revolutionärer Massenaktionen, für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront darstellt. Soweit die SAPD.-Arbeiter an der Organisation des einheitlichen Abwehrkampfes der Arbeiterklasse gegen den Angriff des Kapitals, gegen den Faschismus teilnehmen, tun sie dies im ausgesprochenen Gegensatz zur offiziellen Politik ihrer Partei, zu den Losungen, die die SAPD. als Organisation herausgibt. Diese Teilnahme der SAPD.-Arbeiter an der Organisation der proletarischen Einheitsfront hat sich in praktischen Schritten (antifaschistischen Kartellen, überparteilichen Klassenwehren, Gewerkschaftsfraktionen) in zahlreichen Orten des Reiches geäußert und muß gefördert werden.

Die Führung der SAPD. hat das Einheitsfrontangebot der KPD.-O. abgelehnt, indem die Organisation gemeinsamer Abwehraktionen der Arbeiter und zu diesem Zwecke die Schaffung antifaschistischer Kartelle, linker Fraktionen in den Gewerkschaften und überparteilicher antifaschistischer Abwehrorganisationen gefordert wurde. Die Ablehnung wurde von der Führung der SAPD. damit begründet, daß die „der Einigung des Proletariats förderlichste Form der Zusammenarbeit“ der Eintritt in die SAPD., „zur Organisation, die das gesamte Proletariat zum revolutionären Kampf zusammenfassen soll“, sei.

Eine andere Ausrede, die die SAPD.-Führung vorschiebt, um praktische Schritte zur Herstellung einer proletarischen Einheitsfront abzulehnen, ist die Behauptung, daß ein Zusammengehen mit der KPD.-O. die Herstellung der „großen Einheitsfront“ mit SPD., KPD. und ADGB. verhindere. In Berlin hat die Bezirksleitung der

SAPD. es entgegen dem einstimmigen Beschluß einer öffentlichen KPD.-O.-Versammlung, in der zahlreiche Anhänger der SAPD. anwesend waren, und entgegen der ausdrücklichen Erklärung des Vertreters der SAPD. in dieser Versammlung abgelehnt, zusammen mit der KPD.-O. an die übrigen Massenorganisationen mit dem Vorschlag zur Organisation gemeinsamer Aktionen heranzutreten. Alle Beteuerungen über die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Führung der SAPD. praktisch gegen die proletarische Einheitsfront ist, daß sie alle Maßnahmen ablehnt, die notwendig sind, um gemeinsame Aktionen der Arbeiter und ihrer Organisationen, ohne Unterschied der Partei, in die Wege zu leiten. Das wird auch durch die Organisation des Sozialistischen Schutzbundes in der Form einer reinen Parteigarde bestätigt.

Ein Waffenstillstand unter den Arbeiterparteien, wie ihn die Führung der SAPD. neuerdings fordert, ist kein Mittel zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Seine Verwirklichung müßte vielmehr die revolutionäre Arbeiterbewegung fesseln. Ein solcher Waffenstillstand würde nur dem Reformismus nützen, denn eine Unterbindung der revolutionären Kritik an dem Reformismus schwächt den Druck der Massen gegen seine Politik des Bündnisses mit dem Kapital, die die wichtigste Ursache der Spaltung der Arbeiterklasse und ihrer Passivität ist. Die Einheitsfront bedeutet gerade die Einleitung und Durchführung gemeinsamer Aktionen der Arbeiter und ihrer Organisationen, ohne Unterschied der Partei, unter Aufrechterhaltung ihrer besonderen grundsätzlichen und taktischen Auffassung und der vollen Freiheit der gegenseitigen Kritik unter Durchführung der für den gemeinsamen Kampf notwendigen Aktionsdisziplin.

Die Presse der SAPD. vertritt kampagnemäßig die Losung der deutsch-französischen imperialistischen Verständigung, also der Schaffung der außenpolitischen Voraussetzungen für die Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland mit kapitalistischen Mitteln (Ablehnung jedes internationalen revolutionären Kampfes gegen den Versailler Vertrag und die Reparationen). Die Führung der SAPD. führt keine planmäßige Kampagne für politische Tagesforderungen, sie betreibt die Politik einer reformistischen Passivität, die verkleidet wird mit unsinnigen ultralinken Phrasen. So wird z. B. behauptet, daß die heutige Wirtschaftskrise eine Dauerkrise sei, d. h., daß es keinen kapitalistischen Ausweg aus dieser Krise gäbe; die Folgerung daraus ist, daß die Revolution von selbst kommen müsse, ohne daß hierzu eine vorbereitende Arbeit notwendig wäre. Die Praxis, die den hochtrabenden ultralinken Phrasen entspricht, ist ein passives Abwarten.

Die Aufnahme der USP, und des Sozialistischen Bundes in die SAPD. und die offiziellen Parteierklärungen, die dabei abgegeben wurden, zeigen, daß die SAPD. bewußt die Traditionen der alten USP, wieder aufnimmt, deren Politik neben der Mehrheitssozialisten die Hauptschuld an den Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren 1918—1920 trug.

In der Presse der SAPD. übt das Zentrum und der extreme rechte Flügel einen beherrschenden Einfluß aus. Trotz der offensichtlichen Bestrebungen der SAPD.-Arbeiter und zahlreicher lokaler Organisationen, mit der KPD.-O. in Fühlung zu kommen, versucht die Führung der SAPD. unter Anwendung kleinlicher bürokratischer Mittel Diskussionen zwischen den Mitgliedern der SAPD. und der KPD.-O. zu hintertreiben, um ihre Beeinflussung im kommunistischen Sinne zu verhindern. Dagegen werden die SAPD.-Arbeiter der konterrevolutionären, antibolschewistischen Propaganda der Ströbel, Kleineißt usw. ausgesetzt, die offiziell von der Parteipresse betrieben wird.

Die SAPD. hat sich nicht zu einer Massenpartei entwickelt. Die erste Welle des Massenstroms zur SAPD. ist abgeebbt. Von unvermindelter Wichtigkeit ist es deshalb, daß die KPD.-O. unter den SPD.-Arbeitern wirbt und sie zum Kampf gegen die Tolerierungs- und Koalitionspolitik zusammenfaßt, um sie für den Kommunismus zu gewinnen. Die Arbeit unter den SPD.-Arbeitern muß darauf gerichtet sein, daß sie, wenn sie organisatorisch mit der SPD. brechen, zum Kommunismus, und zwar zur fortgeschrittensten Richtung des Kommunismus, zur KPD.-O. kommen und nicht zur zentristischen Ausgabe des Reformismus, zur SAPD. gehen.

Beim Absatz 2 ist dem Unterabsatz 1 („Strom“ Nr. 22, Seite 254) folgendes anzufügen:

Dieser linke Flügel ist noch nicht organisiert und tritt deshalb öffentlich noch schwach in Erscheinung; seine Anhänger haben noch die Illusion, sie könnten die SAPD. als Ganzes, d. h. ohne Bruch mit den Ströbel usw., ohne einen bis zur letzten Konsequenz ausgefochtenen Kampf gegen die Seydewitz und Rosenfeld in eine revolutionäre Partei umwandeln.

Dem Unterabsatz 2 ist folgendes anzufügen:

Ströbel tritt gegen jeden Aufstand der werktätigen Massen, gegen die Losung der proletarischen Diktatur, für die Schaffung einer Exekutivarmee des Völkerbundes, d. h. eines imperialistischen Interventionsheeres für die kapitalistische Sanierung ein; Kleineißt versucht die Unmöglichkeit des Sieges der proletarischen Revolution in Deutschland mit denselben Argumenten wie die Ebert und Scheidemann im Jahre 1918 nachzuweisen, nämlich

mit dem Hinweis auf die mögliche Intervention der auswärtigen Mächte, und empfiehlt ein Zusammengehen mit diesen Mächten im Völkerbund.

Im Unterabsatz 3 ist folgendes anzufügen:

Unter reichlichem Aufwand von revolutionären Phrasen hält dieses Zentrum in seiner täglichen Politik die politische Linie der Ströbel usw. ein, die Seydewitz und Rosenfeld sind speziell für die Ablehnung der proletarischen Einheitsfront und überparteilicher Abwehr antifaschistischer Abwehrorganisationen verantwortlich.

Dem Absatz 10 („Strom“ Nr. 22, Seite 255) ist folgendes anzufügen:

Die Eroberung der Mehrheit der Mitglieder der SAPD. für den Kommunismus bedeutet keine Eroberung der SAPD. als Partei, sondern die Gewinnung dieser Arbeiter für den grundsätzlichen Bruch mit der SAPD. als Partei, mit ihrem Programm und ihrer Politik, für die organisatorische Trennung von allen, die an diesem Programm und dieser Politik festhalten, d. h. von allen zentristischen Elementen, für den organisatorischen Anschluß an die kommunistische Bewegung. Die Gewinnung der SAPD.-Arbeiter für den Kommunismus, für den Anschluß an die KPD.-O. darf von uns nicht davon abhängig gemacht werden, daß diese zum endgültigen Bruch mit dem Reformismus bereiten Arbeiter die Mehrheit der SAPD. bilden. So erstrebenswert die Gewinnung der Mehrheit der Mitglieder der SAPD. für den Kommunismus ist, so wenig darf die KPD.-O. den Standpunkt vertreten, daß die SAPD.-Arbeiter so lange im zentristischen Sumpf ausharren müssen, bis sie in ihrer Mehrheit bereit sind, zum Kommunismus zu kommen. Die Losung der Eroberung der SAPD. für den Kommunismus wird von den Ueberläufern aus der KPD.-O., die zur SAPD. gestoßen sind, benutzt, um ihren Bruch mit dem Kommunismus zu rechtfertigen. Diese Losung ist deshalb doppelt unzulässig und darf in der KPD.-O. nicht vertreten werden.

Dem Absatz 12 („Strom“ Nr. 22, Seite 256) ist folgendes anzufügen:

Auf Grund ihrer richtigen kommunistischen Politik gegenüber der SAPD. hat die KPD.-O. bereits sichtbare Erfolge erzielen können. In zahlreichen Orten haben wir die Mitglieder der SAPD. trotz der Politik ihrer Führung für die Schaffung antifaschistischer Kartelle und überparteilicher proletarischer Abwehrorganisationen gewonnen. Der linke Flügel in der SAPD. stützt sich in seinem Kampf gegen die Seydewitz-Rosenfeld und die Ströbel-Kleineißt auf die Kritik, die die KPD.-O. an der SAPD. übt. Dagegen werden die Argumente der Genossen Walcher, Frölich usw. von der Führung und dem rechten Flügel der SAPD. ausgenützt. Nur wenn die KPD.-O. ohne die geringsten Schwankungen zum Zentrismus hin ihre klare kommunistische Linie weiter verfolgt, kann sie mit Erfolg an die Gewinnung der SAPD.-Arbeiter für den Kommunismus arbeiten.

Beschluß zur Disziplinfrage

(Angenommen mit 65 gegen 19 Stimmen.)

1. Die KPD.-O. als kommunistische Organisation steht auf dem Boden des demokratischen Zentralismus und der kommunistischen Organisationsprinzipien, wie sie in den Leitsätzen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien und die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit durch den III. Weltkongreß der KI. niedergelegt sind.

2. „Der demokratische Zentralismus in der kommunistischen Parteiorganisation soll eine wirkliche Synthese, Verschmelzung des Zentralismus und der proletarischen Demokratie sein. Diese Verschmelzung ist nur auf der Grundlage der ständigen gemeinschaftlichen Tätigkeit, des ständigen gemeinschaftlichen Kampfes der gesamten Parteiorganisation erreichbar.“

Die Zentralisation in der kommunistischen Parteiorganisation bedeutet keine formale und mechanische Zentralisation, sondern eine Zentralisation der kommunistischen Tätigkeit, d. h. die Bildung einer starken, schlagfertigen und zugleich auch anpassungsfähigen Führung.

Dazu ist vor allem nötig die Entwicklung und Erhaltung lebendiger Verbindungen und Wechselbeziehungen sowohl innerhalb der Partei, zwischen den führenden Parteiorganen und den übrigen Mitgliedern, wie auch zwischen der Partei und den außenstehenden Massen des Proletariats.“ (Aus den Thesen des III. Kongresses.)

3. Unbedingter Zentralismus und strengste Disziplin unter diesen Voraussetzungen, sind nach Lenin eine der Hauptbedingungen für den Sieg über die Bourgeoisie. Dieser Satz hat für die KPD.-O. besondere Gültigkeit, da sie nicht nur auf der Gemeinsamkeit der Grundsätze des Kommunismus, sondern und vor allem auf der Gemeinsamkeit bestimmter taktischer Grundauffassungen beruht, wie sie in der von der III. Reichskonferenz angenommenen Plattform niedergelegt sind.

4. Der Kampf der KPD.-O. gegen den bürokratischen Zentralismus in der KPD. hat bei einem Teil der Genossen zu falschen Auffassungen über die Organisationsprinzipien und daher

zu einer Lockerung der Disziplin und zu opportunistischen Abweichungen in den Organisationsfragen geführt.

Verschiedentlich kein einheitliches Auftreten in den Gewerkschaften, Gemeindeparlamenten, Massenorganisationen und Betriebsräten, selbständige Entscheidungen von Genossen in bestimmten Körperschaften (Schlichtungsausschüssen, Krankenkassenvorständen bei der Durchführung der Ausführungsbestimmungen der Notverordnungen usw.) ohne Fühlungnahme mit den betreffenden Leitungen der Gruppe, Weigerung, Parteifunktionen auszuüben, wenn die Organisation einen Standpunkt festgelegt hat, der dem bestimmter Genossen nicht entspricht, wie es bei der RL-Minderheit geschehen ist.

Daneben ist der Versuch gemacht worden, nach Abschluß der Debatte und Entscheidung durch die Organisation bestimmte, bereits grundsätzlich entschiedene Fragen (u. a. Fragen der Arbeiter- und Bauernregierung) in der Organisation erneut zur Diskussion zu stellen. Das gleiche geschah gegenüber bestimmten, in der Plattform niedergelegten Grundsätzen über das Verhältnis des Kommunismus zum Zentrismus im Zusammenhang mit der SAP-Frage, wobei zur Durchsetzung dieser Revision durch die RL-Minderheit wichtige disziplinarische und organisatorische Grundregeln einer kommunistischen Organisation durchbrochen wurden (Körperschaftsdisziplin, Unterstützung föderalistischer Tendenzen in der Organisation).

5. Dies veranlaßt die Reichskonferenz unter Hinweis auf Punkt V der beschlossenen Richtlinien zur innerparteilichen Lage vom 6. Oktober 1931 folgende, von allen Mitgliedern zu beachtende Regeln festzusetzen:

- Diskussionen sind nur mit Zustimmung der jeweiligen und zuständigen Körperschaften und im Rahmen ihrer Anweisungen zulässig.
- Die Diskussionen müssen sich im Rahmen der Grundsätze und in der KPD-O. vor allem auch im Rahmen der festgelegten taktischen Grundauffassungen halten.
- Gefäßte Beschlüsse sind nach außen und innen diszipliniert durchzuführen. Sind Genossen oder einzelne Parteiorgane der Meinung, daß die Beschlüsse fehlerhaft sind, so haben sie das Recht, an die nächsthöhere Instanz oder an die RL. direkt zu appellieren. Bis zu einer anderen Entscheidung sind die vorliegenden Beschlüsse für alle Mitglieder bindend.
- Bei auftretenden Differenzen in der engeren RL. — das gleiche gilt sinngemäß auch für die Bezirke und Ortsgruppen — oder bei Beschlüssen, von denen ein Teil der Mitglieder der engeren RL. größere Gefahren für die Organisation befürchtet und daher einen Appell oder die Einholung einer Entscheidung der Mitgliedschaft für nötig hält, besteht nach einer ablehnenden Entscheidung durch die engere RL. die Möglichkeit, eine Entscheidung der erweiterten RL. einzuholen. Bis dahin gilt der Beschluß der engeren RL. Die Entscheidung der erweiterten RL. ist dann bis zu anderen Beschlüssen durch eine Reichskonferenz bindend.
- Beschlüsse von Reichskonferenzen können nur durch eine Reichskonferenz aufgehoben werden.
- Diese Richtlinien sind für alle Mitglieder bindend.

Entschließung zur innerparteilichen Lage

Folgende von Vertretern verschiedener Bezirke vorge-schlagene Entschließung wurde von der Reichskonferenz mit 67 gegen 17 Stimmen angenommen:

Im Interesse der Einheit der KPD. und der Geschlossenheit ihrer Führung schlagen die unterzeichneten Delegationen folgende Grundlage für eine gemeinsame Weiterarbeit nach Abschluß der innerparteilichen Diskussion vor:

1. Die KPD-O. hält an ihrer Stellung gegenüber der KPD. und KL. fest, wie sie in der Plattform in den Fragen Nr. 1, 5, 188, 189, 190, 193, 194 formuliert worden ist.

Sie lehnt die Auffassung ab, daß die KPD. bereits heute und endgültig mit dem Marxismus gebrochen hat und infolgedessen nicht mehr reformiert werden kann. Nur durch einen unversöhnlichen Kampf gegen den ultralinken Kurs der Komintern und KPD. und eine richtige kommunistische Politik in der Arbeiteröffentlichkeit können die Mitglieder der KPD. für unsere Aufgaben gewonnen und somit die Einheit der kommunistischen Bewegung in Deutschland wieder hergestellt werden. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber der RGO. hat lediglich den Zweck, die RGO. zu liquidieren, die kommunistische Arbeit in den freien Gewerkschaften zu stärken und die Mitglieder der KPD. für unsere Politik auch innerhalb der Partei zu gewinnen.

2. Die SAPD. ist eine zentristische, d. h. linksreformistische Partei, die wie die SPD. liquidiert werden muß. Die KPD.-O. lehnt die Lösung der Eroberung der SAPD. für den Kommunismus ab. Die Ueberwindung kann nur gelingen, wenn die KPD.-O. als selbständige kommunistische Organisation einen scharfen sachlichen Kampf gegen die reformistische Politik der SAPD. als Partei, bei gleichzeitiger Einheitsfronttaktik zur Durchführung von Kämpfen für Tagesforderungen und Uebergangslösungen führt. Der sich zum Kommunismus orientierende linke Flügel muß in seiner kommunistischen Orientierung gefördert werden. Das legt der KPD.-O. die Verpflichtung auf, diesen Arbeitern die Notwendigkeit eines unerbittlichen Kampfes gegen den offen reformistischen Flügel (Stroebel, Kleineibst) und den ihn stützenden Zentrumsflügel (Seydewitz, Rosenfeld) klarzumachen und sie darauf hinzuweisen, daß dieser Kampf, wenn diese Arbeiter zum Kommunismus kommen sollen, notwendigerweise den organisatorischen Bruch mit der SAPD. und damit ihre Liquidierung zur Folge haben muß. Das Ziel unserer Politik gegenüber der SAPD. muß die Gewinnung der revolutionär gestimmten SAPD.-Arbeiter für den Kommunismus, d. h. heute für die KPD.-O. sein.

Die Körperschaftsdisziplin ist ein entscheidender Teil der kommunistischen Disziplin, wie sie von Lenin in den Organisationsthesen des III. Weltkongresses der KL. formuliert worden ist. Jedes Mitglied der KPD.-O. ist verpflichtet, dieses kommunistische Organisationsprinzip anzuerkennen; fraktionelle Betätigung ist mit der Mitgliedschaft in der KPD.-O. unvereinbar.

4. Die politische Arbeit der Gruppe, besonders der RL. wurde gerade im letzten Jahr durch die innerparteilichen Auseinandersetzungen gehemmt. Das äußerte sich in dem Fehlen einer planmäßigen Gewerkschaftsarbeit und im Fehlen einer systematischen Kontrolle der Bezirksarbeit. Die erste Voraussetzung für die Abstellung dieser Mängel ist die Liquidierung der innerparteilichen Auseinandersetzungen. Die auf der Reichskonferenz beschlossene Aufhebung der erweiterten RL. hat sich als Fehler erwiesen. Die Wiedereinsetzung dieser Instanz ist notwendig, um die Arbeit der engeren RL. zu unterstützen. Ein regelmäßiger Zusammentritt der erweiterten RL. muß gewährleistet werden.

5. Im Anschluß an die Reichskonferenz wird die Berichterstattung in den Bezirksleitungen und Ortsgruppen durchgeführt, wobei auf die Durchführung der von der Reichskonferenz gestellten Aufgaben besonderes Gewicht zu legen ist. Das Recht der kritischen Stellungnahme bei der Berichterstattung bleibt hiervon unberührt. Die Diskussion gilt als mit der Reichskonferenz abgeschlossen. Die von der Reichskonferenz angenommenen Beschlüsse sind für alle Mitglieder bindend und müssen nach innen und außen vertreten werden. Die Nichtdurchführung dieser Beschlüsse zieht organisatorische Maßnahmen nach sich. Schreier für die Mehrheit Ostachsen; Lubinski für d. Deleg. Niederrhein; Heucke, Hausen f. Württ. Mehrh.-Deleg.; Hans Tittel f. d. Thüring. Deleg.; Br. für Ruhrgeb.; Vettermann-Bauer für Gesamtde. Erzgeb.-Vogtl.; Lieberasch, Kohl, Hempel, Heyer, O. Engert, Winter, Reinhard — sämtlich Westsachsen.

Eine Erklärung der Minderheit

Auf die Anfrage des Genossen Brandler, die dieser im Auftrage der Reichsleitung an die Genossen der Minderheit stellte, ob sie bereit sind, die Beschlüsse der Konferenz nach innen und außen durchzuführen, antwortete der Gen. Walcher mit folgender Erklärung:

„Die Vertreter des Minderheitsstandpunktes stellen mit Bedauern fest, daß ihre sachliche Kritik und ihre eindringlichen Warnungen die Mehrheit nicht abgehalten haben, im wesentlichen den von der bisherigen Reichsleitungsmehrheit eingeschlagenen Kurs zu billigen, die von ihr angewandten verwerflichen Methoden zu decken und sie sogar noch durch verschiedene Beschlüsse für die Zukunft zu verschärfen. Die Mehrheit der Konferenz hat durch ihren Beschluß der Aberkennung von 17 Mandaten ein ganz unbegreifliches Maß von Verständnislosigkeit für die Situation in unserer Organisation bewiesen.“

Die Genossen, die der Konferenz eine sogenannte Verständigungsresolution unterbreitet haben, legen die Konferenz nicht nur in allen entscheidenden Fragen uneingeschränkt auf den Standpunkt der Mehrheit fest, sie haben nicht einmal den Versuch unternommen, durch eine Besprechung mit den Vertretern der Minderheit festzustellen, ob eine tatsächliche Möglichkeit für eine Verständigung bestand. Die Minderheitsvertreter sind überzeugt, daß die Entscheidung der Mehrheit anders ausgefallen wäre, wenn nicht durch eine demagogische Fragestellung eine sachliche Klärung, besonders in der SAP.-Frage, verhindert worden wäre.

Die Minderheitsvertreter betrachten die durch die Beschlußfassung geschaffene Situation als überaus ernst für unsere Gruppe. Sie sind überzeugt, daß die Folgen der in allen stritti-

der RGO-Frage und in der Körperschaftsdisziplin zur Gefährdung der Existenz der KPD.-O. und zwangsläufig zur Kapitulation vor dem ultralinken Kurs führen muß. Andererseits sind Fragen getroffenen Entscheidung, insbesondere in der SAP., wir aber überzeugt, daß die große Mehrheit der KPD.-O. von einem Liquidations- und Kapitulationskurs nichts wissen will und daß sie sich dagegen entschlossen auflehnen wird, sobald sich völlig klar und nach außen hin zeigen wird, wohin der Weg der Reichsleitungsmehrheit geht.

Die Minderheit lehnt jede Verantwortung für die gefällte Entscheidung ab. Sie muß es nach dem Beschluß über Körperschaftsdisziplin insbesondere ablehnen, durch Beteiligung an der

Reichsleitung, wenn auch nur indirekt, die Verantwortung für einen Kurs zu übernehmen, der, wenn er nicht doch noch unter dem Druck der Mitglieder massen geändert wird, dazu führen muß, daß die KPD.-O. zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Mission unfähig wird. Wir jedenfalls werden dafür kämpfen, daß die KPD.-O. bleibt der Vorkämpfer einer wirklichen kommunistischen Politik, mit dem Ziele, das wir uns bei Schaffung unserer Organisation gegeben haben. Die Ablehnung des Antrages, die Streitfrage dem Internationalen Büro zu überweisen, hat unsere Bedenken noch verschärft.

J. Walcher. K. Frank. Paul Frölich. August Enderle.
Gebhardt. Max Köhler. Galm. Erna Halbe.

AUS DEN ORGANISATIONEN

Ostsachsen

Im Bezirk Ostsachsen wurde am 22. Dezember 1931 eine erweiterte Bezirksleitungssitzung zusammenberufen, in der über die Reichskonferenz Bericht erstattet wurde. Genosse Melcher als Vertreter der Minderheit hatte ein Korreferat beantragt, das von der Bezirksleitung abgelehnt wurde. Ihm wurde eine Redezeit von ¼ Stunde bewilligt. Die Debatte wurde entgegen den Absichten der Minderheit zum Abschluß gebracht. Auf Vorschlag des Bezirksleiters, Genossen Fritz Scheiter, wurde folgender Antrag mit 10 gegen drei Stimmen zum Beschluß erhoben:

„Die erweiterte Bezirksleitung, zusammengesetzt aus den Mitgliedern der engeren BL. und der Ortsgruppen, begrüßt die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 19. und 20. Dezember. Sie unterstreicht die Notwendigkeit einer eisernen Geschlossenheit unserer Gruppe und der verstärkten Arbeit unter den proletarischen Massen durch Anwendung der Einheitsfrontpolitik.“

Von der Reichs- und Bezirksleitung wird erwartet, daß unter vollständiger Beachtung unsere politische Plattform, der Leitsätze zur innerparteilichen Lage und der Beschluß über die Körperschaftsdisziplin nunmehr für die Arbeitsfähigkeit der gesamten Gruppe allenthalben Sorge getragen wird.

Bezirksleitungsmitglieder, die irgendwelche gültigen Beschlüsse der Organisation nicht anerkennen, haben aus ihren Funktionen auszuschneiden.“

Gegen diesen Vorschlag stimmten nur die Genossen Melcher und Wagner, die Vertreter der Minderheit in der engeren BL. und der Genosse Eichhorn als stellvertretender politischer Leiter der Dresdener Ortsgruppe. Im Bericht der BL. heißt es noch: „Der letzte Absatz der Entschließung machte sich notwendig, weil der Genosse Wagner in der Debatte gesagt hat: „Ich werde mich nicht aus der Gruppe herausdrängen lassen; das könnte der Mehrheit so passen. Ich erkläre, daß ich wohl die Beschlüsse nach außen vertreten werde, aber daß ich innerparteilich auf diese Beschlüsse pfeifen werde.“

Die erweiterte Bezirksleitung Ostsachsen hat recht gehandelt, indem sie Beschlüsse gefaßt hat, die eine Sabotage der Beschlüsse der Reichskonferenz für die Zukunft unmöglich machen.

★

Hessen-Frankfurt

Im Bezirk Hessen-Frankfurt hat am 22. Dezember 1931 eine Bezirksleitungssitzung stattgefunden. Ein Bericht über die Reichskonferenz wurde noch nicht gegeben. Es wurde nur über die Art der Berichterstattung gesprochen. In Offenbach soll eine Mitgliederversammlung stattfinden. Die Hinzuziehung des Genossen Hausen als Vertreter der Reichsleitung wurde abgelehnt. Ebenso wurde abgelehnt ein Antrag des Genossen Heuke, im „Volksrecht“ die einseitige Vertretung des Minderheitsstandpunktes einzustellen. Der Genosse Galm erklärte in der Sitzung, daß jeder Funktionär und jedes Mitglied, das an der Verbreitung des Briefes der Reichsleitung an die Mitglieder des Bezirks Hessen-Frankfurt, den die Reichskonferenz beschlossen hat, aus der Organisation ausgeschlossen würde. Der Genosse Galm scheint also die Absicht zu haben, die Beschlüsse der Reichskonferenz nicht zu beachten und die Fraktionsarbeit auch nach den eindeutigen Beschlüssen der Reichskonferenz fortsetzen zu wollen.

In Frankfurt a. M. hat sich der Genosse Galm an einer Fraktionssitzung beteiligt, an der auch der Ueberläufer zur SAPD. Osner teilgenommen hat. Der bisherige Kassierer unserer Gruppe in Frankfurt a. M., der Genosse Hooge, ein enragerter Vertreter der Minderheit, ist zur SAPD. übergelaufen. Es wird höchste Zeit, daß die Genossen im Bezirk Hessen-Frankfurt und in der Ortsgruppe Offenbach diesen Treibereien ein Ende machen. Wir haben vor der Entscheidung der Reichskonferenz bewußt von allen organisatorischen Eingriffen Abstand genommen, nach der Reichskonferenz wird die Reichsleitung gegen alle, die sich

weigern, die Beschlüsse der Reichskonferenz nach innen und außen durchzuführen, auch organisatorisch vorgehen.

★

Braunschweig

Am 24. Dezember erhielt die Reichsleitung von dem ehemaligen politischen Leiter des Bezirks Braunschweig, dem Genossen Rudolf Wiesner, ein Schreiben, worin mitgeteilt wurde, daß am 22. 12. 1931 die Bezirksleitungssitzung einstimmig ihren Uebertritt zur SAPD. beschlossen habe. Mit den 4 Mitgliedern der engeren Bezirksleitung sind 16 weitere ehemalige Mitglieder unserer Gruppe zur SAPD. übergetreten. Die provisorische Leitung der Ortsgruppe Braunschweig und des Bezirks Braunschweig haben bis zur Bezirkskonferenz die Genossen Fritz Kapusta, Weststr. 44, und Otto Stüber, Karl-Marx-Str. 21, übernommen. Zweidrittel der Mitglieder unserer Ortsgruppe und die Genossen der KJO. haben sich gegen die Ueberläufer erklärt und werden die Arbeit für unsere Gruppe verstärkt fortsetzen.

★

Wasserkante

Am 23. 12. 1931 wurde der Reichsleitung aus Kiel mitgeteilt, daß der Vertreter der Ortsgruppe Kiel, der Genosse Weiß, auf der Bezirkskonferenz in Hamburg und auf der Reichskonferenz den Standpunkt der Minderheit vertreten habe, ohne den Mitgliedern der Ortsgruppe diese seine Stellung klarzumachen. Es heißt in diesem Schreiben: „Wenn das die Mitglieder der Ortsgruppe gewußt hätten, wäre der Genosse Weiß nicht als ihr Vertreter nach Hamburg und somit auch nicht als Vertreter zur Reichskonferenz gefahren.“ In dem Schreiben wird weiter mitgeteilt, daß Genosse Weiß bereits die Verbindungen zur SAP. aufgenommen und sich zum Uebertritt bereit erklärt habe. Das ist eine nachträgliche Illustration der Arbeitsmethode der Genossen der Minderheit, die im Lande klagen, daß die Mehrheit sie bei der Vertretung ihres Standpunktes vergewaltigt habe.

In Hamburg fand am 22. 12. 1931 eine Mitgliederversammlung statt, in der über die Reichskonferenz Bericht erstattet wurde: Als Vertreter der Minderheit referierte Genosse Cohn. Die Frage, ob sich die Minderheit den auf der Reichskonferenz gefaßten Beschlüssen fügen werde, wurde offen gelassen. Es wird notwendig sein, daß in Hamburg, wie in allen anderen Orten, die Frage geklärt wird, ob die Genossen der Minderheit bereit sind, die Beschlüsse der Reichskonferenz nach innen und außen zu vertreten oder nicht. Von der Versammlung wurde eine Resolution der Minderheit mit 28 gegen 20 Stimmen angenommen. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde gegen die Wahl des Genossen Aug. Scheele als Vertreter in der erweiterten RL. protestiert. In die Bezirksleitung wurde der Genosse Scheele einstimmig gewählt. Eine Reihe Genossen, die bisher auf dem Standpunkt der Minderheit standen, haben sich bereit erklärt, die Beschlüsse der Reichskonferenz diszipliniert durchzuführen, nachdem die Entscheidung gefallen sei.

Einladung

Hiermit laden wir die Mitglieder zu der am Freitag, dem 5. Februar 1932, abends 7½ Uhr, in Haverlands Festsälen, Berlin, Neue Friedrichstr., Ecke Rochstr., stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung
freundlichst ein.

Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

§ 20: „Anträge der Mitglieder müssen mindestens drei Tage vorher beim Vorstand eingereicht werden.“

Druck- und Verlagsgenossenschaft „Arbeiterpresse“ e. G. m. b. H.

Der Vorstand:

Siewert. Walcher. Beck.

Verantwortl.: P. Frölich. Verlag: Junius-Verlag (Heinr. Brandler).
Druck: Goedecke & Gallinek, sämtlich in Berlin.